26 Meter Ideen
für eine lebensfreundlichere Welt.

Stand 01.02.2013

Worum es geht

Vorhaben und Gründe

1.

Dass in der Welt einiges schiefläuft, ist mittlerweile jedem Kind klar.
Der gegenwärtige, systembedingte Zusammenbruch der Geldwirtschaft, bei existenzgefährdendem Raubbau der natürlichen Ressourcen unseres Planeten bedeutet, dass zwei tickende Zeitbomben gleichzeitig zu entschärfen sind.

2.

Gemäß dem biblischen Motto:
"An den Früchten werdet ihr sie erkennen" ist es hoch an der Zeit, dem jahrelangen Forschen, Grübeln und Reden, Taten folgen zu lassen.

3.

Angesichts der allgemeinen Ratlosigkeit des neoliberalen Regimes, zeigen die besten Köpfe der Alternative
wie man es besser machen kann:
mittels eines kompakten, problembezogenen MASSNAHMEN-KATALOGs

4.

Der MASSNAHMEN-KATALOG erfüllt zwei wichtige Aufgaben.
Zum einen dient er jedem als wertvoller Antwortgeber auf die häufig gestellte (Journalisten)frage:
"Fällt Ihnen etwas Besseres ein"?
Zum anderen nützt er jedem Einzelnen der zu dessen Gelingen beitragen möchte. Zweigleisigkeiten werden verhindert, die eigenen Vorschläge können an anderen gemessen und verbessert werden.

5.

Der MASSNAHMEN-KATALOG ist der Keim für eine allgemein und frei zugängliche Online-Wissensdatenbank, welche die Aufklärung im 21. Jahrhundert mit den Mitteln des 21. Jahrhunderts wirkungsvoll,
und damit erfolgreich, vorantreiben wird.

6.

Die Struktur des MASSNAHMEN-KATALOGs ist Ausdruck folgender Grundgedanken:

Klein hat Priorität vor groß.
Erst die Zelle, dann der Organismus. Erst die Kommune/Region, dann das Land. Erst das Land, dann Europa.
Erst Europa, dann die Welt.

Klare Wertehierarchie.

Natur vor Mensch (Der Mensch als Teil der Natur). Mensch vor Wirtschaft. Wirtschaft vor Geld. Politik als dienende Aktivität.

7.

Begründung der Wertehierarchie:

NATUR – Der Planet und das Leben auf ihm sind die Grundlage der menschlichen Existenz, darum steht die belebte und unbelebte Natur an erster Stelle. Natur hat vorrangigen Eigenwert (Selbstzweck).

MENSCH – Die Bedürfnisse des Menschen sind unter strengster Beachtung der Menschenwürde einerseits und der ökologischen Grenzen anderseits zu decken. Menschliches Leben und gedeihliche Entwicklung sind 'Selbstzweck'.

*WIRTSCHAFT – Die Wirtschaft dient den Bedürfnissen des Menschen: Nahrung, Kleidung, Behausung etc..
Wirtschaft ist Dienst am Menschen und kein Selbstzweck.*

GELD – Geld ermöglicht die Bewertung sowie den effizienten Austausch erbrachter Leistungen am Markt. Geld ist ein dienendes Gut. Es hat allen anderen Bereichen zu 'servieren'. Geld ist – in einem prosperierenden, Natur und Mensch verpflichteten Gemeinwesen – ausschließlich Mittel zum Zweck, und natürlich kein Selbstzweck.

POLITIK – In einer echten, Mensch und Natur verpflichteten, Demokratie ist Politik die selbstlose Organisation der vorstehenden Bereiche gesellschaftlichen Handelns. Da Politik keinesfalls Selbstzweck ist, hat sie im Maßnahmenkatalog nur dienenden Platz. Mit Ihrer Hilfe werden Aufgaben in allen ihr übergeordneten Bereichen gelöst. Dies ist ein kontinuierlicher evolutiver Prozess. Würde sie damit jemals fertig, höbe sie sich selbst auf.

Jeder ist berufen, etwas in der Welt zur Vollendung zu bringen.
Bashô, (1643 - 1694), eigentlich Matsuo Munefusa, japanischer Dichter

---

Stand 29.5.2009

Bekannte PROBLEME - neue LÖSUNGEN

Maßnahmenkatalog der Zivilgesellschaft

Kategorie	**PROBLEM / AUFGABE**	**LÖSUNG**			**Wirksamkeit**	
		Was	Wie	Warum	kurz-	mittelfristig
NATUR						
regional						
Grandits:	Energieunabhängigkeit und Reduktion der Umweltbelastung durch regionale Ökoenergieproduktion	Energiegedeckte Regionalwährung	*Siehe Modellbeschreibung:* http://www.neuesgeld.com/getfile.php?id=273 *Info International:* http://www.complementarycurrency.org/ccDatabase/	Zinsfreie Finanzierungen von Ökoenergieanlagen beschleunigen den erforderlichen Strukturwandel		X
NATUR						
national						
Schulmeister:	Österreichische Klima- Umweltpolitik	1. Weitere Spezialisierung auf Umwelttechnologien 2. Ökologische „Vorzeigeprojekte“: Großstadtgrätzel mit Gärten statt Straßen, „Entautomobilisierung“: Stadtzentren, Berufsverkehr, regionale Energieautarkie, …	nachhaltig, ökologisch, lebensfreundlich			X
Schulmeister:	Ressourcenabhängigkeit, Klimagefahren	1. Umweltinvestitionen als die Chance auch zur Bewältigung der Folgen der Finanzkrise 2. Thermische Gebäudesanierung nach „Generalstabsplan“ 3. Sonstige Umweltinvestitionen (Heizungen, Kollektoren, Photovoltaik, Verkehr) 4 Umstieg auf „Öko-Autos“ durch Steueranreize und Regulierung	Reduktion teurer Energieimporte, nachhaltig, beschäftigungsbelebend, innovationsfördernd, wirtschaftsfördern		X	
NATUR						
europäisch						
Aubauer:	Ressourcen- und Klimakollaps	*>> Lösung analog* *Wirtschaft/national:* Steuerumlagerung gefolgt von Ressourcenzertifikaten				X
Schulmeister:	Europäische Rohstoffpolitik	1. Langfristige Rohstoffpreisabkommen 2. Insbesondere für Rohöl (im Hinblick auf Erschöpfbarkeit, Klimawandel, Dollardominanz)	Reduziert Erschütterungen durch Unterdrückung spekulativer Exzesse			X

N A T U R					
global					
Aubauer:	Ressourcen- und Klimakolleg	*>> Lösung analog Wirtschaft/national:* Steuerumlagerung gefolgt von Ressourcenzertifikaten			x
Schulmeister:	Welt Klima- und Umweltpolitik	Koordinierter Klimaschutz	Überlebensfreundlich für die Spezies Mensch		x
M E N S C H					
regional					
Plettenbacher:	V.4 Neue Lebens- Wohnformen (Generationenhäuser, Ökodörfer...) Leben in nicht "menschengerechten", zu großen und anonymen Lebens- und Wohnstrukturen (Großstädte) bzw. in Kleinfamilien; Probleme der Anonymisierung und Vereinsamung, Abschiebung der Alten/Senioren, Aufsplitterung der Gesellschaft in mehrere, völlige getrennte Altersklassen (Kinder, Jugendliche/Schüler, Arbeitende/Hausfrauen, Senioren).	Schaffung neuer, menschengerechter Lebens- und Wohnformen (Generationenhäuser, Ökodörfer etc.) XX	"Natürliche" Entwicklung des Menschen über Jahrmillionen in Kleingruppen von 60 bis max. 100 Individuen aller Altersstufen.	XX	x
Plettenbacher:	V.5 "Neue Arbeit" statt Erwerbsarbeit (Frithjof Bergmann)	XX	XX	XX	x
M E N S C H					
national					
ATTAC:	Liberalisierung - Privatisierung Attac fordert, namens des Souveräns, massiv die Beteiligung der Menschen am Willensbildungsprozess ein.	1. Die Politik – die Bevölkerung, wir alle – müssen definieren, was öffentlich sein / erbracht werden soll und was nicht.	2. Bei öffentlichen Gütern und Dienstleistungen geht es um Menschen und ihr Recht auf Grundversorgung (Gesundheit, Trinkwasser, Bildung, Alterssicherheit, Mobilität, Energie, Kommunikation) und nicht um Profite. Der Staat darf sich daher in diesen Bereichen nicht wie ein Betriebswirt oder gar wie eine Aktiengesellschaft verhalten, sondern er muss gemeinnützige und volkswirtschaftliche Ziele in den Vordergrund stellen	3. Die öffentliche Kontrolle – Mitentscheidung und Mitbestimmung – muss stark ausgebaut werden: Speziell bei den öffentlichen Dienstleistungen sollten die NutzerInnen und die Beschäftigten über die Unternehmensziele mitentscheiden, um so ihre soziale Akzeptanz und Effizienz zu maximieren.	x
		4. Öffentliche Unternehmen und Dienstleistungen dürfen nicht finanziell ausgetrocknet werden, sondern müssen die für die Erreichung der gesellschaftlich gewünschten Ziele – Versorgung aller bei hoher Qualität und Sicherheit – nötigen Finanzmittel auch verlässlich bekommen. In einer ständig reicher werdenden Volkswirtschaft können wir uns das leisten. Auch wenn uns die neoliberalen Umverteiler ständig weismachen wollen, dass in einer wachsenden Volkswirtschaft die Mehrheit der Bevölkerung ständig sparen und kürzer treten muss.	>> 4. Fortsetzung: In den letzten 25 Jahren hat sich der Beitrag der Gewinnsteuern zur Staatsfinanzierung halbiert und derjenige der Vermögenssteuern ist gleich um zwei Drittel gesunken. Würden Gewinne und Vermögen nur so hoch besteuert wie in den siebziger Jahren, hätten sowohl Deutschland als auch Österreich saftige Budgetüberschüsse und könnten sich eine entsprechende öffentliche Infrastruktur spielend leisten. Mehr dazu im Attac-Positionspapier „Steuergerechtigkeit“.	*Weiterführende Information:* http://www.attac.at/themen.html	
ATTAC:	*Steuerungerechtigkeit beseitigen:* Vermögen höher besteuern. Seit 1993 gibt es keine richtige Vermögensteuer in Österreich mehr. Grundsteuer, Erbschaftssteuer und Schenkungssteuer zählen aber auch zu den Steuern auf Vermögen und tragen in Österreich nur 1,3% zum Gesamtabgabenaufkommen bei. Im EU-Schnitt sind es 4,9%. Lägen die Steuern auf Vermögen nur im EU-15-Schnitt, ergäben sich Mehreinnahmen von 3,5 Mrd. Euro. Attac fordert:	1. Wiedereinführung der Vermögensteuer mit hohen Freibeträgen und progressivem Verlauf	2. Abschaffung der Steuerprivilegien von eigennützigen Privatstiftungen 3. Besteuerung von Immobilien und Grundstücken nach ihrem tatsächlichen Wert	4. Eine gerechte Erbschafts- und Schenkungssteuer anstatt ihr Auslaufen	x
		5. Globale Super-Reichen-Steuer für Euro- und Dollar-Bargeld-Millionäre in der Höhe von 1% ihres Vermögens. Das würde jährliche Einnahmen von 290 Milliarden US-$ bringen.	Hier ist wichtig anzumerken, dass in der Steuerdebatte oft die „Kleinen“ für die Interessen der Großen instrumentalisiert werden: Aus Rücksicht auf „einfache HäuslbauerInnen“ und „kleine Bauern/Bäuerinnen“ werden Großgrundbesitzer und Privatstifter steuerlich geschont. Dabei ließe sich die Vermögensteuer ganz einfach fair gestalten, durch einen entsprechend hohen Freibetrag von zB 300.000 Euro. Ein Grundstück oder ein Einfamilienhaus unter diesem Wert wären damit steuerfrei.	In ähnlicher Weise hat die „arme Oma“ immer wieder dazu gedient, dass die Kapitalertragsteuer (KESt) auf Zinseinkommen nicht progressiv ausgestaltet ist, sondern flach: Alle, egal ob Multimillionäre oder Mindestlöhner, zahlen 25% KESt. Wenn Zinsen stattdessen unter die Einkommensteuer fielen, würden sie mit anderen Einkommen zusammengerechnet und gemeinsam besteuert. Alle bis zu einem Jahreseinkommen von 28.000 Euro würden besser aussteigen. Nur wer darüber liegt, zahlt 25% Steuer oder mehr.	

ATTAC:	*Steuerungerechtigkeit beseitigen:* Kapitaleinkommen gleich hoch besteuern wie Arbeitseinkommen. Eine weitere Steuergerechtigkeitsforderung von Attac klingt sehr einfach und logisch, wäre aber bei ihrer Umsetzung revolutionär:	1. Alle Kapitaleinkommen sollen unter die Einkommensteuer fallen. Dazu zählen vor allem: Dividenden, Zinserträge sowie Kursgewinne aus dem Aktien-, Anleihe-, Derivate- und Devisenhandel. Warum sollen Arbeits- und Kapitaleinkommen gleich behandelt werden?	a) Weil es widersinnig ist, dass ausgerechnet jene Einkommen, die ohne Arbeit und fast nur von Reichen abgesahnt werden, steuerlich generell bessergestellt sind als Arbeitseinkommen. b) Weil es nicht gerecht sein kann, dass die Besteuerung von Kapitaleinkommen zurückgeht, obwohl diese stark über dem Wirtschaftswachstum steigen – und andererseits die Steuerlast auf Löhne und Gehälter ständig zunimmt, obwohl diese deutlich hinter dem Wirtschaftswachstum zurückbleiben.	Die Folgen wären rosig: Die saftigen Budgetüberschüsse könnten für eine spürbare Entlastung kleinerer und mittlerer Einkommen und andererseits für die Sicherung und den Ausbau des Sozialstaats verwendet werden. Voraussetzung für die steuerliche Gleichbehandlung von Arbeits- und Kapitaleinkommen ist das gemeinsame Vorgehen innerhalb der EU. Die Harmonisierung der Kapitalbesteuerung wird jedoch – wie oben bereits erwähnt – durch Österreich blockiert.		X
Aubauer:	Arbeitslosigkeit - deren nachhaltige Bekämpfung bei gleichzeitig Sicherstellung nachhaltiger Ressourcen-Bewirtschaftung. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis die falsche Besteuerung, die „Grundfreiheiten" der Europäischen Verträge mit dem Herkunftslandprinzip und die verschwindend niedrigen Transportkosten dazu führen, dass der Produktionsfaktor Mensch vom Produktionsfaktor Natur weitgehend verdrängt wird (Daly, 2006).	*>> Lösung analog Wirtschaft/national:* Steuerumlagerung gefolgt von Ressourcenzertifikaten				X
Fuchs:	Befreiung aus der Zinseszinsfalle, gleichzeitig Belebung realwirtschaftlicher Aktivitäten.	Geld unter 1% Sparen + Anschlusskredit resp. Kredit + Nachsparen. Mit erheblich Vorteilen für den Kredit-Sparer - bei angemessener Rendite für die Bank und erheblichem wirtschaftsbelebenden Potenzial	- Befreit aus Zins- und Zinseszinsenfalle - Erspart dem Kunden ca. 1,6 % / Jahr - Bank verzichtet auf ca. 1,2% / Jahr - Kreditfixzins <1% mit Weitergabegarantie - Einbau in Gesamtlebens/Generationenplan - Risikolose Anlage- und Finanzierungsform - Chance für innovative Investitionen			X
Orthaber:	monetäre Versorgungskrise - "Finanzkrise" (Finanzierung von Wohnen, Ernährung, Mobilität) durch das gegenwärtige Wirtschaftssystem	1. "Bedingungsloses Grundeinkommen" in Verbindung eines Teils bisheriger sozialer Leistungen als 1. Schritt eines 3-stufigen ineindergreifenden Maßnahmenplans über eine zehnjähre-Periode	Überwindung der ersten kritischen Phase einer monetären Grundversorgung für alle (ebenso die der Wirtschaftstreibenden)	Brückenbau zur gegenwärtigen Situation als Sofortmaßnahme: Stressabbau (psychisch u. materiell) einer gegenwärtigen Arbeitslosigkeit, neue Tätigkeitsformen anstatt "Jobs" entstehen	X	
Orthaber:	Zunehmende Naturgüter-Versorgungskrise - "Realwirtschaftskrise" (Krise der Naturressourcen wie nachwachsende Rohstoffe und Energie) aufgrund Verschlechterung der Umweltsituation und damit verbundener monetärer Inflation	2. schrittweise Umlagerung der Steuern von Arbeit/Mehrwert auf Energie/ Material/Bodennutzung (Details s. Aubauer-I.pdf) und parallel dazu Ausarbeitung von Begleitmaßnahmen für die dritte Stufe (z.B. technische Umsetzung, sozial-ökologische Hilfsfonds, rechtliche Absicherungen durch Erweiterung der Grundrechte) als 2. Schritt eines 3-stufigen ineindergreifenden Maßnahmenplans über eine zehnjähre-Periode	*a) es erfolgt Jahr für Jahr eine zunehmend monetäre Ökologisierung* von Konsum und Produktion unter fortgesetzt monetärer Existenzsicherung	Brückenbau eines mittelfristigen Überganges: sofort gleitend einsetzende Änderung des Wirtschaftens bei gleichzeitigem Aufbau eines nachhaltig effektiveren Systems zur sozial-ökologischen Wende		X
			b) zur Vorbereitung einer sozial-ökologischen Wende (Ausarbeitung umfassender Maßnahmen zur technischen Umsetzung und von Begleitmaßnahmen) steht den BürgerInnen eine mit den Kommunikationsinstrumenten des Web2.0 vernetzte Arbeitsplattform "zfs" zur Verfügung	*Nähere Information:* http://www.initiative-zivilgesellschaft.at/node/542 - zfs - Zukunftsforum: Systemwandel – für eine sozial-ökologische sichere Welt, ein Projekt der Initiative Zivilgesellschaft"		X
Orthaber:	Dauerhafte Grundversorgung aller Generationen auf Basis von Naturressourcen und eines monetären Konsumumlagesystems	3. Umstieg auf ein Ressourcen-wirtschaftssystem als 3. Schritt eines 3-stufigen ineindergreifenden Maßnahmenplans über eine zehnjähre-Periode (Ausarbeitung von H. P. Aubauer: http://homepage.univie.ac.at/hans.peter.aubauer/dateien/Aubauer-II.pdf); es beginnt eine etwa 30-jährige stufenweise Reduktionsphase unseres Naturressourcendurchflusses auf rd. ein zehntel des heutigen Wertes (ca. 8% pro Jahr) -- wichtiger Hinweis: diese Maßnahme sollte günstigerweise auch die Mobilisierung von bereits mehreren Mithelferstaaten in Europa, beinhalten - ideal wäre natürlich eine gesamteuropäische Vorgangsweise	Das Ende der steuerlichen Umlagerung bedeutet zugleich die maximal in einer Geldwirtschaft mögliche Änderung des gesellschaftlichen Fokus von der Arbeitskraft zu Verfügbarkeit der Naturressourcen. Erleichtert durch diesen Vorprozess, erfolgt dann zum vollständigen Wechsel der Schritt von der Geldmengensteuerung zur Ressourcenmengensteuerung. Damit stabilisiert sich das monetäre Geldsystem und die sozial-ökologische Entwicklung.	Brückenbau zum dauerhaften Systemwandel: Unsere moderne Gesellschaft ist nur über ein sozial-ökologisch in Gleichgewicht stehendes System langfristig bestandsfähig; diese Notwendigkeit könnte nach Abschätzung bisheriger gesellschaftlicher Prozesse durch das nun vorliegende System, unter jährlich stufenweisen Reduktionsmaßnahmen des Naturressourcendurchflusses, erfüllt werden		X
Pfeffenbacher:	III.4 Kontraproduktive Verwaltungs-/Belohnungssysteme Verwaltungsstrukturen, die sich durch erfolgreiche Arbeit selbst abschaffen oder einschränken würden und daher kein Interesse an einer erfolgsorientierten Umsetzung ihrer Aufgaben haben (Arbeitsämter, Bauernkammer, Ärztekammer, gesamtes Ärzte-/Gesundheitswesen...).	Neue Belohnungssysteme: Beispiele: Bezahlung von Ärzten im antiken China, Zukunftswerkstätten für Langzeitarbeitslose (Dr. Klaus Rhomberg, AMS Innsbruck), XX	Konzeptive Entwicklungen nötig	XX		X
Pfeffenbacher:	IV Problemkomplex Politik/Demokratie					X

	IV.1 "Recht des Stärkeren" beschränken, Unterlegene schützen.	Systemisches Konsensieren statt Mehrheitsentscheidung: Methode zur machtfreien, friedlichen Konfliktlösung und fördert den Konsens und größtmöglichen Interessenausgleich aller Beteiligten auf jeder Ebene (Familie, Verein, Unternehmen, Parlament).	1. Sammlung einer breiten Lösungsvielfalt 2. Bewertung der Optionen mit Widerstandswerten (0 = Einverständnis, 10 = maximaler Widerstand) im Durchschnitt jedoch nur 5 Punkte pro Wahlvorschlag (z.B. 15 Punkte bei 3 Optionen) 3. Wiederholung bis ein für alle zustimmungsfähiges Ergebnis entsteht.	Keine Mehrheitsentscheidungen, Gewinner & Verlierer; ermöglicht die Lösung von Konflikten ohne Machtspiele; konsensfähige Vorschläge werden beschlossen, selbst wenn sie von einer Minderheit eingebracht wurden; zwingt zur intensiven Auseinandersetzung mit den Optionen und deren persönlicher Bewertung (Machtstreben erweist sich als sinnwidrig und erfolglos).	x
		Links/Literatur: - Siegfried Schrotta & Erich Visotschnig, 2005: Das SK-Prinzip, Ueberreuter, ISBN 3800070960	http://www.netzwerk-gemeinsinn.net/content/view/332/46	www.netzwerk-gemeinsinn.net/content/view/386/185	
	IV.2 Direkte Demokratie statt Parteien-Herrschaft ("Demokratur") Abschaffung der parteien- und machtbasierten repräsentativen Demokratie ("Demokratur")	Direkte Demokratie, z.B. direkte Mitbestimmung/Systemisches Konsensieren der BürgerInnen bei allen Entscheidungen (im Computerzeitalter problemlos machbar, Reduktion der Stimmgewichte der VolksvertreterInnen entsprechend der Beteiligung der BürgerInnen); Wahl von Einzelpersonen anstatt machtbasierter, hierarchischer Parteiensysteme etc.	XX	XX	x
Pfettenbacher:	V Problemkomplex falsches Menschenbild/Bildung				x
	V.1 Radikale Reform des Schulsystems (Montessoripädagogik) Schulsystem, das auf Auswendiglernen, Frontalunterricht, Passivität, Zwang und Machtausübung setzt und den Erkenntnissen der modernen Gehirnforschung widerspricht. Auswirkungen: fehlendes Selbstvertrauen, Verantwortungsgefühl, Kreativität, Begeisterungsfähigkeit und Aktivität der Menschen.	Radikale Reform des Schulsystems nach den modernen Erkenntnissen der Gehirnforschung. Viel "menschengerechter" wäre z.B. Montessoripädagogik, Schmetterlings- oder Pestalozzi-Schulen nach Mauricio & Rebeca Wild: freiwilliges Lernen, Lernen durch Tun/Erfahrung, Berücksichtigung der kindlichen Lernphasen, Schaffung einer vorbereiteten Umgebung, Schulung sozialer Fähigkeiten, gemischte Altersgruppen - da Kinder leichter von anderen (älteren) Kindern lernen als von Erwachsenen...	*Links/Literatur:* - Maria Montessori: ital. Pädagogin 1870-1952 - Maria Montessori, 1909 (1969): Die Entdeckung des Kindes - Maria Montessori, 1938 (1952): Kinder sind anders - Maria Montessori, 1949 (1972): Das kreative Kind - Der absorbierte Geist	- Mauricio & Rebeca Wild: Pestalozzi-Schule Ecuador - Rebeca Wild, 1986 (2001): Erziehung zum Sein - Erfahrungsbericht einer aktiven Schule. Arbor Verlag, ISBN 3933020085, 283 S. - Rebeca Wild, 1990 (2007): Sein zum Erziehen - Mit Kindern leben lernen. Beltz, ISBN 3407228511, 220 S. - Rebeca Wild, 1993: Kinder im Pesta - Erfahrungen auf dem Weg zu einer vorbereiteten Umgebung für Kinder. Arbor Verlag, ISBN 3924195102, 145 S. - Rebeca Wild, 1998 (2004): Freiheit und Grenzen, Liebe und Respekt - Was Kinder von uns brauchen. Beltz, ISBN 3407228600, 235 S. - Rebeca Wild, 2001: Lebensqualität für Kinder und andere Menschen - Erziehung und der Respekt für das innere Wachstum von Kindern und Jugendlichen. Beltz, ISBN 3407220928, 312 S.	x langfristig
	V.2 Falsche Gehirn-Programmierung / Erziehung aktiver statt passiver Menschen. Negative Gehirn-Programmierung in der Kindheit/Jugend durch Schule und Medien: passives Selbstverständnis (ohnmächtig, resigniert, frustriert, unzufrieden, sucht- und konsumanfällig) verursacht durch ein Übermaß an passiven Medien, vor allem in der frühen Kindheit (Fernsehen) sowie Medien, die eine Flucht in eine Scheinrealität ermöglichen (Computerspiele).	Positive Programmierung des Gehirns in der Kindheit/Jugend: aktives Selbstverständnis.	Stark eingeschränkter Zugang von Kindern/Jugendlichen zu Fernsehen, Computerspielen u.a. Medien; Einstufung von Fernseh- und Computersucht als Krankheit; Einschränkung/Verbot jeder Art von konsumfördernder Werbung. *Links/Literatur:* - Prof. Gerald Hüther: Professor für Neurobiologie Psychiatrische Klinik Uni Göttingen, Max-Planck-Institut für experimentelle Medizin - Gerald Hüther, 2006: Die Macht der inneren Bilder. Wie Visionen das Gehirn, den Menschen und die Welt verändern. Vandenhoeck & Ruprecht, ISBN 3525462131, 137 S. - Gerald Hüther, 2006: Bedienungsanleitung für ein menschliches Gehirn. Vandenhoeck & Ruprecht, ISBN 3525014643, 139 S. - Wolfgang Bergmann & Gerald Hüther, 2008: Computersüchtig: Kinder im Sog der modernen Medien. ISBN 3407229046, 164 S.	Die oberste Ebene/Hierarchie im Gehirn ist das Selbstverständnis als aktiver (fähig die Umwelt zu beeinflussen) oder passiver (ohnmächtiger, konsumierender) Mensch. Dies wird neben der Schulbildung vor allem durch Fernsehen (keine Interaktionsmöglichkeit) sowie Computerspiele geprägt (Flucht aus der Realität). Passive Menschen sind nie völlig glücklich, zufrieden bzw. befriedigt und stark anfällig für Süchte und Konsum. Unser auf Bedarfsweckung, Werbung und Konsum basierendes System, benötigt und produziert solche Menschen zum Ziel der Gewinnmaximierung (Prof. Gerald Hüther). www.auditorium-netzwerk.de - DVD Gerald Hüther: Brainwash - Die Macht der äußeren Bilder - Wie aus medialen Sinneseindrücken Gehirn- und Persönlichkeitsveränderungen entstehen. - Noam Chomsky, 2008: Media Control - Wie die Medien uns manipulieren. Piper, ISBN 3492246532, 254 S.	x langfristig

	V.3 Falsches Natur-/Menschenbild / Erziehung zu Kooperation statt Konkurrenz 1. Wir belohnen die falschen Verhaltensweisen, die unserem menschlichen Wesen nicht entsprechen (Konkurrenz-/Leistungsdenken, Ellbogen-Mentalität, Egoismus, Rücksichtslosigkeit, Unmoral als höchste Werte) in Wirtschaft, Gesellschaft und Schule, selbst in unseren Spielen und im Sport. 2. Die Lüge über den "Homo oeconomicus", den "Darwinismus" oder "Das egoistische Gen" (Der Mensch sei von Natur aus ein Egoist) und dass die Förderung/Belohnung von Konkurrenz und Egoismus das Gemeinwohl und den Wohlstand aller fördert. (Das ist so ähnlich wie das Argument eines Alkoholikers: "Ich muss möglichst viel Alkohol trinken, damit die Gesellschaft nüchterner wird!")	Aufklärung und Richtigstellung von Tatsachen nach modernen Erkenntnissen der Gehirnforschung: Das Grundprinzip des menschlichen Gehirns/Wesens ist Kooperation und soziales Miteinander ("social brain"). Der Mensch braucht positive zwischenmenschliche Beziehungen (Liebe) mehr als alles andere ("Die wichtigste Droge für den Menschen ist der Mensch.") Das Bild des "Homo oeconomicus", der Darwinismus ("Survival of the fittest" oder "Das egoistische Gen") entsprechen nicht den jüngsten Forschungsergebnissen der Neurobiologie und Biologie (z.B. Verhaltensforschung im Tierreich).	Konzeptive Entwicklungen nötig - Joachim Bauer: deutscher Molekular- und Neurobiologie, Arzt mit Ausbildung als Internist, Psychotherapeut und Psychiater	- Christian Felber, 2008: Neue Werte für die Wirtschaft - Eine Alternative zu Kommunismus und Kapitalismus. Deuticke im Zsolnay Verlag, ISBN		X langfristig
Sambor:	Fehlende soziale Sicherheit / Kritik an der „Bedarfsorientierten Mindestsicherung" (zu geringer monatl. Betrag, kein personenbezogener Auszahlungsmodus, Verwaltungsaufwand für Kontrollen bezüglich Vermögensverhältnisse, Arbeitsfähigkeit- und willigkeit, verschärfte Zumutbarkeitsbestimmungen, Sperren der Auszahlung wegen Terminversäumnisse und Nichtannahme von sinnlosen Schulungskursen oder Beschäftigungsangeboten, die zu prekären Verhältnissen führen usw.)	Einführung des „Bedingungslosen Grundeinkommen". Dieses ist eine a) bedingungslose, finanzielle Zuwendung, b) die jedem Mitglied der Gesellschaft c) in existenzsichernder Höhe, d) ohne Rücksicht auf sonstige Einkommen, auf Arbeit oder Lebensweise e) als Rechtsanspruch zusteht f) und eine Krankenversicherung inkludiert *Siehe:* http://www.grundeinkommen.at/	Bündelung aller Aktivitäten im „Runden Tisch – Grundeinkommen" (dient der Vernetzung unterschiedlicher Vereine, Initiativen und Personen, die sich für ein „Bedingungsloses Grundeinkommen" einsetzen). Durchführung von Veranstaltungen und Kampagnen zur Bewusstseinsbildung für diese Idee (z.B. auch Unterschriftenaktion).	Recht auf Leben – Menschenrechte: Ein Recht auf Leben, ohne die entsprechenden Mittel zum Leben ist leer und bedeutungslos. Die Menschenwürde der Armen und ihr Recht auf gesellschaftliche Beteiligung sind ohne materielle Absicherung in ständiger Gefahr. Das „Bedingungslose Grundeinkommen" sichert allen Menschen ihr Recht auf Existenz und kulturelle Teilhabe. Die Sicherheit durch ein „Bedingungsloses Grundeinkommen" würde wirtschaftlich geforderte „Flexibilität" abfedern, selbstbestimmte Entscheidungen in Bezug auf eigene Lebensentwürfe ermöglichen, Gesundheit fördern (gegen Armut, Depressionen, Burn-out, Stress), Kreativität freisetzen und somit wirtschaftliche Entwicklung „von unten" ermöglichen.	X	
Schulmeister:	Drohende Massenarbeitslosigkeit	*verhindern durch:* 1. Teilsubventionierte Kurzarbeit massiv stützen 2. Innovative Arbeitszeitverkürzungen	Sichert Existenzen, stärkt Konsum = Wirtschaftstätigkeit		X	
Schulmeister:	Ansteigende Arbeitslosigkeit	*mildern durch:* 3. Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung 4. Bedarfsorientierte Grundsicherung	Sichert Existenzen, verhindert Lohndumping		X	
Schulmeister:	Sinkende Zukunftsfähigkeit	1. Investitionen in alle Bildungseinrichtungen 2. Ausweitung der Vorschulerziehung 3. Beschäftigung arbeitsloser Lehrer	Steigert die Chancen unserer Nachkommen, belebt und harmonisiert die Gemeinschaft		X	
Schulmeister:	Gefährdeter Generationenvertrag	1. Öff. Ermessensausgaben für Krisenbetroffene ausweiten 2. Partielle Entschädigung von „Häuslbauer" und (künftigen) Pensionisten der 2. und 3. Säule 3. Stärkung des Sozialstaats	Gleicht Krisenschäden aus und sichert den sozialen Frieden			X
Schulmeister:	Altenbetreuung, Soziale Dienste	Integration sozialer Dienste in den offiziellen Arbeitsmarkt	beschäftigungsfördernd, dezentral, bedürfnisgerecht			X
Schulmeister:	Bildung und Integration	1. Ausbau der Vorschulerziehung 2. Integration als Chance 3. Massive Investitionen in Bildungseinrichtungen	zukunftsweisend, solidarisch			X
Schulmeister:	Gefahr für den sozialen Frieden	Sozialstaat stärken > Erfahrungen der 1930er			X	
Schulmeister:	Österreichische Verkehrspolitik	Innovativer öffentlicher Nah- und Fernverkehr	nachhaltig, entschleunigend, menschengemäß			X
M E N S C H						
europäisch						
ATTAC:	Die EU als positiver Global Player. Besinnung auf den Menschen.	1. Statt Freihandel zu forcieren, muss eine EU-Handelspolitik im Sinne der Menschen und Umwelt gerechten Handel auf Basis der ökonomischen, sozialen und kulturellen Menschenrechte als Zielvorgabe haben. Statt daher über die WTO bestehende UN-Abkommen auszuhebeln, sollte sich die EU dafür einsetzen, dass alle UN-Abkommen verbindlich werden und Vorrang vor einseitigen (Freihandels-) Wirtschaftsverträgen bekommen.	2. Statt mit Dumpingpreisen Hunger zu erzeugen, muss sich die EU dafür einsetzen, dass – im Sinne des Menschenrechtes auf Nahrung - jedes Land die notwendigen Instrumente hat, eine nachhaltige landwirtschaftliche Produktion sicherzustellen und zu schützen. Die EU sollte auch ihr Drängen auf Liberalisierung in den Bereichen Industriegüter und Dienstleistungen sofort beenden. Zölle waren immer ein legitimes Instrument zum Schutz sensibler Wirtschaftsbereiche oder nicht wettbewerbsfähiger Jungindustrien.	3. Statt auf „fairem" Wettbewerb zwischen David und Goliath zu bestehen, sollte sich die EU für eine bevorzugte Behandlung von Entwicklungsländern in Handelsvereinbarungen verwenden. Weiters sollte sie sich dafür einsetzen, dass der internationale Handel mit Agrarprodukten, die nicht lokal konsumiert werden, u.a. über internationale Rohstoffabkommen reguliert werden.		X

Weiterführende Information:
http://www.attac.at/themen.html

4. Statt sich für den Schutz der Investitionen von internationalen Konzernen stark zu machen, sollte sie ein Standortschutzabkommen vorschlagen, dass die Rechte der Staaten und ihrer Bevölkerung schützt und soziale, ökologische und steuerliche Mindeststandards für Investoren festlegt.

5. Statt weiterhin Handelspolitik hinter verschlossenen Türen zu betreiben, muss die EU eine breite öffentliche Diskussion über die Gestaltung dieser Politik beginnen und ihre bisherigen Auswirkungen auf die wirtschaftliche und soziale Situation der Partnerländer umfassend und sachlich evaluieren. Es bedarf demokratischer und transparenter Strukturen, die sicherstellen, dass alle Interessen berücksichtigt werden. Parlamente auf nationaler und EU Ebene müssen im Sinne der Gewaltenteilung, die Letztentscheidung über die Annahme von Handelsverträgen haben.

6. Statt die Öffentlichkeit mit schönen Worten in die Irre zu führen sollte die EU ihre Realpolitik ihrer Entwicklungsrhetorik anpassen.

Bozsoki: Pensionsvorsorge

Stärkung des öffentlichen Sektors und des Umlageverfahrens --> Keine öffentliche Förderung der privaten Pensionsvorsorge

solidarisch, gemeinwohlorientiert, sicher

X

Orthaber: Dauerhafte Grundversorgung aller Generationen auf Basis von Naturressourcen und eines monetären Konsumumlagesystems

>> Lösung analog Mensch/national:
Schritte 1 bis 3

X

Sambor: Schaffung einer sozialen EU

Das „Bedingungslose Grundeinkommen" EU-weit muss ein Ziel sein, auch wenn viele es noch für utopisch halten. Viele Fachleute sind inzwischen der Überzeugung, dass es bereits eine "konkrete Utopie" geworden ist, d.h. dass es umsetzbar wäre, wenn man wollte. Es geht darum, eine kritische Masse für diese soziale Idee zu überzeugen, um dann auch politische Mehrheiten zu bekommen. Jedenfalls gibt es inzwischen sehr viele Leute, die der Überzeugung sind, dass die Fortschreibung der Vergangenheit gerade in der Sozialpolitik nicht zukunftsfähig ist. Statt eines pragmatischen Verbesserns der Sozialsysteme durch kleine Korrekturen, wäre eine strukturelle Änderung durch die Entkopplung von Arbeit und Einkommen vorzunehmen. Diese Entkopplung kann durch das „Bedingungslose Grundeinkommen" realisiert werden.
Es wurden „Ziele" und „Instrumente" formuliert, die über den derzeitigen Inhalt des EU-Reformvertrages hinausgehen: Der Sozialstaat (basierend auf den Menschenrechten) ist neben Demokratie und Rechtsstaat ein Grundwert der Union.

Dem Sozialstaat muss Vorrang gegenüber rein wirtschaftlichen Überlegungen eingeräumt werden. Wesentlich ist dabei, dass das „Bedingungslose Grundeinkommen" in allen Mitgliedstaaten eingeführt („Gemeinsame soziale Regelungen für die Union") und zusätzliche Anpassungen („Soziale Regelungen der Mitgliedsstaaten") an die jeweils historisch gewachsenen nationalen Sozialsysteme durchgeführt werden sollen.

ZIELE

Artikel S-1
Der Sozialstaat (basierend auf den Menschenrechten, der Charta der Grundrechte der Union bezüglich der sozialen Rechte und der European Social Charta) ist neben Demokratie und Rechtsstaat ein Grundwert der Union. Dem Sozialstaat muss Vorrang gegenüber rein wirtschaftlichen Überlegungen eingeräumt werden. (Zur Verwirklichung des Sozialstaates bleibt den Mitgliedstaaten u.a. ein öffentlicher Sektor als eigenständige Organisationsform der Wirtschaft unter politischer Kontrolle, der von den Wettbewerbsregeln ausgenommen ist.)

Die folgenden 8 Artikel sollten (sinngemäß) in einem überarbeiteten EU Reformvertrag aufgenommen werden:

REGELUNGEN
KOMPETENZVERTEILUNG

Es wird die bisherige nationalstaatliche Zuständigkeit nach Artikel I- 5 für den Bereich „Soziales" in eine geteilte Zuständigkeit nach Artikel I-5 (2) übergeführt. Dabei gibt es den im Folgenden beschriebenen Bereich unter der Bezeichnung „Gemeinsame soziale Regelungen für die Union" (Artikel S-5, S-6 und S-7) und einen in der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten verbleibenden Bereich unter der Bezeichnung „Soziale Regelungen der Mitgliedsstaaten" (Artikel S-8).

Artikel S-2
Erwerbsarbeit bei guten Arbeitsbedingungen, Löhnen und Gehältern, die ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Demokratische Mitbestimmung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss für Frauen und Männer gegeben sein.

Recht auf Leben – Menschenrechte: Ein Recht auf Leben, ohne die entsprechenden Mittel zum Leben ist leer und bedeutungslos. Die Menschenwürde der Armen und ihr Recht auf gesellschaftliche Beteiligung sind ohne materielle Absicherung in ständiger Gefahr. Das „Bedingungslose Grundeinkommen" sichert allen Menschen ihr Recht auf Existenz und kulturelle Teilhabe.
Die Sicherheit durch ein „Bedingungsloses Grundeinkommen" würde wirtschaftlich geforderte „Flexibilität" abfedern, selbstbestimmte Entscheidungen in Bezug auf eigene Lebensentwürfe ermöglichen, Gesundheit fördern (gegen Armut, Depressionen, Burn-out, Stress), Kreativität freisetzen und somit wirtschaftliche Entwicklung „von unten" ermöglichen.

X

Artikel S-3
Soziale Wohlfahrt als Garantie dafür, dass niemand der Armut und Hilflosigkeit ausgesetzt ist. Soziale Sicherheit bedeutet, dass alle EinwohnerInnen einen bedingungslosen Anspruch auf ein Niveau materieller Ressourcen haben, der es ihnen ermöglicht, ein Leben in Würde zu führen und ihnen den Zugang zu allen wichtigen gesellschaftlichen und kulturellen Institutionen und zu einer breiten Palette von öffentlichen Gütern gewährt. Alle Menschen müssen gegen finanzielle Risiken von Krankheit, Unfall, Behinderung und Alter (und Arbeitslosigkeit) abgesichert sein.

Artikel S-4
Soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit als Zustand ohne Diskriminierung und ohne übermäßige Ungleichheit bei Einkommen, Vermögen oder beim öffentlichen Zugang zu Gütern und Diensten.

Artikel S-5
Vollbeschäftigung ist möglich, wenn man den Arbeitsbegriff differenzierter sieht, d.h. neben Erwerbsarbeit auch alle gesellschaftlichen Tätigkeiten, wie
Versorgungsarbeit
Erziehungsarbeit
Gemeinschaftsarbeit
Eigenarbeit
Künstlerisches Schaffen
als Arbeit versteht

	Artikel S-6 Die Steuern sind radikal zu reformieren. Die Steuern müssen diesen Prozess steuern. Nicht die Arbeit ist zu besteuern, sondern der Konsum, vor allem der Verbrauch von nicht erneuerbaren Gütern. Steuern vor allem auf Spekulationsgeschäfte, Besitz, Maschinen, auf alles, was das Vermögen von Einzelnen und Gesellschaften vermehrt und wo der Wertzuwachs nicht automatisch dem Gemeinwesen zufließt. Soziale Fürsorge und Vorsorge sind aus dem Steuertopf zu finanzieren, nicht nur durch Steuern / Abgaben auf Erwerbsarbeit.	Artikel S-7 Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE). Freiheit und Würde sind dem Menschen voraussetzungslos zuerkannt. Daher ist deren materielle Absicherung ebenfalls an keine Voraussetzung gebunden. Diese Absicherung ist als ein Existenz sicherndes und Teilhabe ermöglichendes bedingungsloses Grundeinkommen und als voraussetzungsfreier Zugang zu öffentlichen Gütern und zur Daseinsvorsorge gegeben. Die Finanzierung einer öffentlichen Infrastruktur – in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Pflege, Kinderbetreuung, Verkehr, Energie, Wohnen, Kulturförderung, freier Zugang zu Kulturgütern – muss weiter eine wichtige Staatsaufgabe sein.	Artikel S-8 Schrittweise Angleichung der Sozialsysteme. Da die Sozialsysteme in den Mitgliedstaaten historisch gewachsen sehr unterschiedlich sind, sollen diese unter Einbeziehung der „gemeinsamen sozialen Regelungen für die Union" entsprechend angepasst werden. Eine schrittweise generelle Vereinheitlichung soll zumindest als Fernziel angedacht werden. Anmerkung 1: Berücksichtigung des unterschiedlichen ökonomischen Entwicklungsstandes (z.B. in Form von „Korridoren", die höhere Standards für reichere Mitgliedstaaten vorsehen, und niedrigere Standards für ärmere). Anmerkung 2: Schaffung einer Solidaritätssteuer für den „Sozialen Bereich der EU", die in reicheren Mitgliedstaaten eingeführt werden soll, um mit diesen Mitteln den ökonomisch schlechter gestellten Mitgliedstaaten das Aufholen zu erleichtern	Die vorgeschlagene gleichzeitige Einführung eines „Bedingungslosen Grundeinkommens" in allen EU Mitgliedstaaten soll „unnötige" EU-interne „Wanderbewegungen" wegen besserer sozialer Absicherung vorbeugen.	
Schulmeister:	Erosion des Arbeits- und Sozialstaats	1. Innovative Arbeitszeitmodelle 2. Abbau atypischer Beschäftigungsformen 3. Sozialstaatlichkeit > Europäisches Modell	Ermöglicht gerechte Teilhabe, reduziert Ungleichheit, sichert sozialen Frieden, ermöglicht Wellbeing		x
MENSCH					
global					
ATTAC:	Die EU als positiver Global Player. Besinnung auf den Menschen.	>> Lösung analog Mensch/europäisch: Gutes Beispiel für die Welt.		*Weiterführende Information:* http://www.attac.at/themen.html	x
Sambor:	Dauerhafte Grundversorgung aller Ungerechtigkeit bezüglich sozialer Sicherheit	Unterstützung aller Aktivitäten zur weltweiten Einführung des „Bedingungslosen Grundeinkommens" (Auch unterstützt durch das „Basic Income Earth Network" BIEN).	Bei den jeweiligen weltweiten Konferenzen des BIEN sollen nationale oder supranationale Beispiele von Lösungen vorgestellt werden. Verfassung von Resolutionen nach jeder Konferenz an die Regierungen, das „Bedingungslose Grundeinkommen" einzuführen. (Hinweis auf die Erklärung der allgemeinen Menschenrechte u.a. Artikel 22 „Recht auf soziale Sicherheit".)	Die weltweite soziale Ungerechtigkeit ist unakzeptabel. Die Bekämpfung der Armut und Erreichung der Milleniumziele sind sofort einzufordern, um Not zu lindern. Außerdem kann durch das Beseitigen der Ursachen (schlechte Lebensbedingungen), die Migration in andere Länder in sinnvoller Größenordnung gehalten werden.	x
Schulmeister:	Recht auf Leben	Weltweite „Minimumsicherung"	Existenzsichernd, reduziert Konfliktgefahren und Wirtschaftsmigration		x
Schulmeister:	Arm gegen Reich	„Global Marshall-Plan"	Eindämmung globaler Wirtschaftsmigration, kriegsmindernd		x
WIRTSCHAFT					
regional					
Fuchs:	Belebung realwirtschaftlicher Aktivitäten durch erheblich vergünstigte Geldaufbringung für private (Bau)vorhaben.	Geld unter 1% Sparen + Anschlusskredit resp. Kredit + Nachsparen. Mit erheblich Vorteilen für den Kredit-Sparer - bei angemessener Rendite für die Bank und erheblichem wirtschaftsbelebenden Potenzial	- Befreit aus Zins- und Zinseszinsenfalle - Erspart dem Kunden ca. 1,6 % / Jahr - Bank verzichtet auf ca. 1,2% / Jahr - Kreditfixzins <1% mit Weitergabegarantie - Einbau in Gesamtlebens/Generationenplan - Risikolose Anlage- und Finanzierungsform - Chance für innovative Investitionen		x
Grandits:	Systembedingter Abfluss regionaler Kauf- und Wirtschaftskraft.	Energiegedeckte Regionalwährung zur Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe. Durch regionale, gemeinnützige Ökoenergieproduktion mit dreifach positivem Effekt: a) Geldkreislauf in der Region b) Gewinnung von Energieunabhängigkeit c) Reduktion der Umweltbelastung.	*Siehe Modellbeschreibung:* http://www.neuesgeld.com/getfile.php?id=273 *Info International:* http://www.complementarycurrency.org/ccDatabase/	Zinsfreie Finanzierungen gemeinnütziger, kommunaler Ökoenergieanlagen beschleunigen den erforderlichen Strukturwandel zur dezentralen, subsidiären Solidarökonomie.	x
Schulmeister:	Drohende Depression	Investitionen in die Infrastruktur vorziehen, bes. auf Ebene der Länder und Gemeinden > Finanzierung	Breitflächige Wirkung > viele kleinere Maßnahmen, wirken rascher als wenige große.		x
WIRTSCHAFT					
national					
Aubauer:	Sicherstellung nachhaltiger Ressourcen-Bewirtschaftung - bei gleichzeitiger nachhaltiger Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis die falsche Besteuerung, die „Grundfreiheiten" der Europäischen Verträge mit dem Herkunftslandprinzip und die verschwindend niedrigen Transportkosten dazu führen, dass der Produktionsfaktor Mensch vom Produktionsfaktor Natur weitgehend verdrängt wird (Daly, 2006).	Umlagerung der Steuern von der Arbeit zur Natur. Dem drohenden Kollaps soll zunächst die schrittweise Verlagerung der Steuern und Beiträge vom Produktionsfaktor Arbeit/Wissen/Einfallsreichtum/Verantwortung zum Produktionsfaktor Umwelt/Naturressourcen entgegenwirken.	*a.) Ökologische Folgen der Steuerumlagerung:* Die Naturressourcen und ressourcenintensive Güter werden teurer und alles andere real billiger. Eine Verlagerung vorhandener Steuern auf eine Besteuerung des Naturressourcenverbrauchs und die Rückvergütung des Ressourcensteueraufkommens wird das mittlere Preisniveau unverändert lassen. Je stärker der Preis der Naturnutzung über das unveränderte Preismittel steigt, umso stärker sinkt die Nutzung.	*c.) Wirtschaftliche Folgen der Steuerumlagerung:* Sowohl der Ressourcenverbrauch als auch die Arbeitslosigkeit sinken. Eine Anhebung der Einkommen aus den Mitteln einer Ressourcenbesteuerung verändert das Verhältnis der Preise der beiden Produktionsfaktoren. Der Einsatz der Natur wird teurer, der des Menschen bei unveränderten Einkommen real billiger. Einerseits wechseln die Konsumenten schrittweise von den teurer werdenden ressourcenintensiven Gütern und Dienstleistungen zu den günstiger werdenden ressourcenextensiven, andererseits fördern die Mehrverbraucher direkt die Minderverbraucher.	x

		Detailinformation: http://homepage.univie.ac.at/hans.peter.aubauer/dateien/Aubauer-I.pdf	*b.) Soziale Folgen der Steuerumlagerung:* Die Gewinner der Steuerumlagerung sind die Ressourcensparer. Das sind die Ärmeren und somit die Mehrheit11. Der grundlegenden sozialen Ungerechtigkeit der „Marktwirtschaft" wird damit die Grundlage entzogen, sodass sie nicht mehr durch almosenähnliche Direktzahlungen an Arme kompensiert werden muss, was wegen des großen administrativen Aufwandes unter den Bedingungen eines grenzenlosen Wettbewerbs sowieso nur vorübergehend gelingen kann.Eine Besteuerung der Ressourcen verteuert sie. Die Ausgaben für sie steigen. Für jemanden, der aber durchschnittlich viele Ressourcen verbraucht, werden die so gestiegenen Ressourcenausgaben durch die Rückvergütung der Einnahmen aus der Besteuerung genau kompensiert.Reichtum drückt sich nicht mehr in einem hohen Verbrauch an Ressourcen, sondern in einem hohen Bedarf an Arbeit aus.	*d.) Grenzen der Steuerumlagerung und ihre Überwindung:* Sie muss in einen Wechsel vom Herkunfts- zum Bestimmungslandprinzip des Handels eingebettet werden, da die Umlagerung der Steuern und Beiträge von der Arbeit auf die Natur von Maßnahmen begleitet werden muss und überdies an Grenzen stößt. Jedes Land muss die Standards und Normen aller in ihm angebotenen Güter selbst bestimmen können. Das betrifft auch die importierten Güter, sonst verdrängen die billig gebliebenen ressourcenintensiven Importe die durch die Steuerumlagerung teurer gewordenen ressourcenintensiven Inlandsprodukte, ohne dass ein Steueraufkommen zustande kommt, mit dem die arbeitsintensiven und ressourcenextensiven Güter und Dienste verbilligt werden können. *e.) Zwischenbilanz:* Mit der Umlagerung der Steuern von der Arbeit zur Natur können einerseits die Arbeitslosigkeit und Umweltbelastung gewinnbringend gesenkt werden. Andererseits wird die Blindheit der Marktwirtschaft bezüglich des Gegensatzes zwischen Armen und Reichen an ihrer Wurzel ohne Zusatzkosten beseitigt. Die Steuerumlagerung stößt aber schließlich an Grenzen, die nur durch die Ausgabe von Zertifikaten auf den Kauf von Naturressourcen und deren Handel überwunden werden können.Weder die Arbeitslosigkeit, noch die Naturbelastung oder der Arm-Reich-Gegensatz können reduziert werden, solange der Produktionsfaktor Arbeit – im Vergleich zum Produktionsfaktor Natur – so teuer ist, weil etwa Steuern und Beiträge überwiegend auf den Arbeitseinsatz und kaum auf die Naturnutzung eingehoben werden.		
Aubauer:	Versorgungskrise lebensnotwendiger Güter aufgrund Verschlechterung der Umweltsituation (sogenannte Ressourcen-Peaks)	Nationale Ressourcenzertifikate, die zum Kauf von Ressourcen berechtigen, welche indirekt über den Erwerb von Gütern und Dienstleistungen verbraucht werden. Sie sind erforderlich sobald die Steuerumlagerung von Arbeit nach Ressourcen allein an ihre Grenzen stößt. Das soziale Ziel der gerechten Ressourcenverteilung unter den Landsbürgern kann nur durch eine anfängliche Verteilung der Zertifikate an erwachsene Bürger in gleichem Ausmaß erreicht werden. Das wirtschaftliche Ziel einer effizienten Allokation der Ressourcen erfordert den nationalen Handel der Zertifikate (Daly, 1992). *Detailinformation:* http://homepage.univie.ac.at/hans.peter.aubauer/dateien/Aubauer-II.pdf	Dieser Zertifikatshandel beendet die ökologische Blindheit der Marktwirtschaft. Auch mit noch so viel Geld können in der Summe nicht mehr Ressourcen gekauft werden, als es der durch die nationalen Ressourcenzertifikate begrenzten Menge entspricht. Der Zertifikatshandel beendet auch die soziale Blindheit der Marktwirtschaft. Die nationalen Zertifikate werden nicht an Produzenten oder Unternehmen ausgegeben (wie die Emissionszertifikate), sondern an Konsumenten oder Bürger.	Der Zertifikatshandel entschärft die Schadwirkung des bisherigen Geld-Preissystems, ohne es direkt zu verändern. Dies geschieht dadurch, dass die Kaufkraft des Geldes verändert und vom Ressourcenverbrauch abhängig gemacht wird. Das gegenseitige Hochschaukeln des Wachstums von Geldmenge und von ausgebeuteter Ressourcenmenge wird durchbrochen, denn der Preis der Ressourcen steigt mit dem individuellen Verbrauch der Konsumenten. Der Zertifikatshandel erreicht drei Ziele – das ökologische, das globalsolidarische und das soziale – in einer der Marktwirtschaft entsprechenden Weise. Dies geschieht dadurch, dass die Ziele insofern in den Preisen berücksichtigt werden, als diese alle externen Kosten enthalten. Einzige Eingriffe in die Wirtschaft sind die Herstellung dieser Kostengerechtigkeit der Preise gemäß dem Verursacherprinzip und die Einbeziehung der Importe in die Kostengerechtigkeit nach dem Bestimmungslandprinzip.		x
Plettenbacher:	II.2 Einkommen aus Börsenspekulation Spekulation/leistungsloses Einkommen an Börsen (exponentielles Wachstum von Vermögen).	*>> Lösung analog* Wirtschaft/global: Abschaffung Börsen.			x	
	II.3 Schere zwischen Arm und Reich / Mehr Verteilungsgerechtigkeit.	*>> Lösung analog* Wirtschaft/global: Genossenschaften statt Aktiengesellschaften.			x	
	II.4 Regulierung/Besteuerung von Mietzinsen (v.a. Geschäftsmieten) XX	*>> Lösung analog* Wirtschaft/global:			x	
	II.5 Eindämmung leistungsloser Einkommen	*>> Lösung analog* Wirtschaft/global: Nicht vermehrbare Güter in Genossenschafts- statt Privatbesetz.				x langfristig
	II.6 Befreiung der Marktwirtschaft von der Diktatur weniger	*>> Lösung analog* Wirtschaft/global: Freier Markt statt Diktat der Geld-Eliten				x
	III.1 Ausbruch aus der Import-/Exportfalle	*>> Lösung analog* Wirtschaft/global: Ausbrucg aus der Import-/Exportfalle				x
	III.2 Kostenwahrheit in Transport und Ressourcenverbrauch	*>> Lösung analog* Wirtschaft/global:			x	

Plattenbacher:	III.3 Vollständige Reform des Steuersystems (Ressourcen statt Arbeit). Massive Überbesteuerung der Arbeit, mangelnde Besteuerung von Ressourcen- und Energieverbrauch.	Vollständige Reform und Vereinfachung des Steuersystems: nur wenige Steuern, die unerwünschtes Verhalten bestrafen ("Steuern sollen steuern"); Abschaffung aller Steuern auf Arbeit (nicht negativ, sollte keinesfalls bestraft werden); hohe Besteuerung von Ressourcen- und Energieverbrauch sowie leistungslosen Einkommen (unerwünscht, negative Auswirkungen, sollte daher bestraft werden), Abschaffung aller anderen unnötigen "nicht-steuernden" Steuern; Nach Helmut Creutz Steuern auf Rohstoff, Energie, Boden, Wasser, Luft, Gesundheit, Verkehr, Geld.	Konzeptive Entwicklungen nötig	*Links/Literatur:* - Helmut Creutz, 1984: Wir brauchen ein anderes Steuersystem	X

WIRTSCHAFT

europäisch

ATTAC:	Steuerwettlauf beenden. Wenn sich Nationalstaaten auf Steuerdumping einlassen, verlieren alle. Die Körperschaftsteuer (= Steuer auf die Gewinne von Aktiengesellschaften und GmbHs) ist EU-weit zwischen 1985 und 2001 von 51 auf 33% gefallen, Österreich senkt diese 2005 sogar von 34 auf 25%. Wenn das so weiter geht, tragen Kapitalgesellschaften bald überhaupt nichts mehr zur Gemeinwohlfinanzierung bei. Um diesen ruinösen Wettlauf zu beenden, fordern wir:	1. In der EU: Einheitliche Bemessungsgrundlagen und Gewinnsteuersätze auf hohem Niveau (35 - 40%). 4. Langfristig: Weltweit einheitliche Konzernbesteuerung auf Basis einheitlicher Bemessungsgrundlagen, um jede Form des Steuerwettlaufs endgültig zu beenden.	2. EU-Tochterfirmen im Ausland: Eröffnet ein EU-Konzern eine Filiale in einem Land mit niedrigerem Gewinnsteuersatz, muss die Differenz zum Steuersatz in der EU nachversteuert werden – steuermotiviertes Umsiedeln zahlt sich dann nicht mehr aus. Der Steuerwettlauf wird effektiv beendet. Gewinner sind sowohl die Industrieländer, weil die Steuerverluste vermieden werden, als auch die Entwicklungsländer, die Unternehmen nicht mehr mit niedrigen Steuersätzen anlocken müssten und dadurch höhere Steuersätze einheben können.	3. Um die Verlegung des Konzernsitzes in Niedrigsteuerländer mit dem Ziel der Gewinnverschiebung dorthin zu verhindern: Anwendung des „unitary tax system" (UTS). Die EU-Steuerbehörden ermitteln dabei den Anteil der realen Tätigkeit in der EU anhand der Faktoren Kapital, Umsatz und Beschäftigung und unterwerfen den entsprechenden Anteil vom weltweiten Gewinn dem EU-Steuersatz. *Weiterführende Information:* http://www.attac.at/themen.html	X
ATTAC:	Steueroasen trockenlegen. Das „Schließen" vieler Steueroasen ist einfacher als gemeinhin angenommen, weil es sich zumeist um Protektorate der Industrienationen handelt. So gehören zum Beispiel die Cayman-Islands, die Bermudas oder Jersey zu Großbritannien, Samoa zu den USA, die Niederländischen Antillen zu Holland und die Cook-Inseln zu Neuseeland. Diese richteten die Steueroasen bewusst ein, um vermögenden Personen und Unternehmen eine Gelegenheit zu geben, Steuergesetze und Regulierungen zu umgehen. Sobald sich hier politischer Gegendruck bildet, können Steueroasen mit einfachen Mitteln geschlossen werden.	1. Meldepflicht für sämtliche Einkommen von Nichtansässigen an die jeweils zuständigen Finanzämter im Rahmen eines automatischen Informationsaustausches. Die Einkommen natürlicher Personen werden zu 100% im Wohnsitzland versteuert.	2. Bei Nichtkooperation: Einschränkung des Kapitalverkehrs von und zu Steueroasen. Entweder durch Transaktionssteuern; oder die Hauptsitzländer entziehen jenen Banken und Konzernen, die in Steueroasen Tochterunternehmen bzw. Briefkastenfirmen unterhalten, die Lizenz. Es ist ja nicht die Bank of Bahamas, bei der Geld geparkt wird, sondern eine Tochter der jeweiligen Hausbank.	3. Die EU kann es sich sowohl politisch als auch ökonomisch leisten, den Kapitalverkehr mit Steueroasen einzuschränken. Damit würde Steuergerechtigkeit wieder Vorrang vor total freiem Kapitalverkehr bekommen. Tatsächlich drohte der EU-Wettbewerbskommissar im September 2002 erstmals der Schweiz mit der Beschränkung des Kapitalverkehrs, falls die EidgenossInnen keine Informationen über die Kapitaleinkommen von EU-BürgerInnen herausrückten. Diese Drohung wurde allerdings von Österreich (Finanzminister Grasser) und Luxemburg zunichte gemacht, weil sie ankündigten, Kapitalverkehrsbeschränkungen nicht zuzustimmen (Einstimmigkeit erforderlich). Luxemburg, Österreich und Belgien sind die einzigen Länder, die die EU-weite Meldepflicht von Kapitalerträgen nicht umsetzen, weil sie ihr Bankgeheimnis nicht lockern wollen.	X
ATTAC:	Internationale Steuern. Wer für faire globale Regeln z. B. für Großkonzerne eintritt, darf auch vor Internationalen Steuern und der Schaffung einer Internationalen Steuerbehörde – als UN-Teilorganisation - nicht zurückschrecken. Eine Internationale Steuerbehörde könnte folgende globale Aufgaben wahrnehmen:	*>> Lösung analog Wirtschaft/global:* Faire globale Regeln von Europa aus durchsetzen.			X
ATTAC:	Bankgeheimnis lockern. Das Bankgeheimnis schützt nicht nur SteuerhinterzieherInnen, sondern auch GeldwäscherInnen und TerroristInnen. Damit ist es die Stütze der globalen Wirtschaftskriminalität. Auf der anderen Seite dient das Bankgeheimnis als Hauptausrede dafür, dass Kapitaleinkommen geringer besteuert werden als Arbeitseinkommen.	Kapitaleinkommen sollen nicht anders als Arbeitseinkommen automatisch dem Finanzamt gemeldet werden, damit sie gerecht und vollständig besteuert werden können.	Dann bestünde endlich Gleichbehandlung zwischen Arbeits- und Kapitaleinkommen. Gegenüber Drittpersonen (ArbeitgeberIn, Verwandte, neugierige NachbarInnen) bleibt das Bankgeheimnis unverändert bestehen.	*Weiterführende Information:* http://www.attac.at/themen.html	X
ATTAC:	Gender Taxing. Weltweit leisten Frauen 70% der unbezahlten Arbeit, erhalten 10% der Einkommen und besitzen 1% der globalen Vermögen (UNO 2000). Als Kleinverdienerinnen zahlen sie überdurchschnittlich viel Mehrwertsteuer, weil sie einen höheren Anteil von ihrem Einkommen konsumieren, und sie profitieren weit seltener von Steuervergünstigungen. Statt die bestehenden Ungleichgewichte bei Einkommen und Besitz zu verbessern, belastet die steuerliche Begünstigung von Vermögen, Gewinnen und Spitzeneinkommen die kleinen und mittleren Arbeitseinkommen von Frauen noch zusätzlich.	*>> Lösung analog Wirtschaft/global:* Die krasse Steuer-Benachteiligung von Frauen beenden.			X

Aubauer:	Ressourcenkollaps	*>> Lösung analog Wirtschaft/national:* Steuerumlagerung gefolgt von Ressourcenzertifikaten				X
Schulmeister:	Europäische Rezession	1. Europaweite Regulierungen zur Förderungen ökologischer Produktion und Nachfrage (Wohnbau, PKW, Heizungssysteme, öff. Verkehr) 2. Transeuropäische Netze			X	
WIRTSCHAFT						
global						
ATTAC:	WTO - Neuordnung des internationalen Handels.	1. Progressiver Rückbau der Kompetenzen der WTO; stattdessen die Stärkung multinationaler Institutionen wie der UNCTAD, die das Ziel einer global nachhaltigen Entwicklung verfolgen.	2. Sanktionsmöglichkeiten gegen Konzerne, die Menschenrechte und die Rechte indigener Völker verletzen, Arbeitskräfte ausbeuten und die Umwelt schädigen.	3. Öffentliche Güter und Dienstleistungen dürfen nicht zu Handelswaren werden.		X
		4. Abschwächung des Schutzes geistiger Eigentumsrechte (z. B. garantierter Zugang zu Medikamenten und Saatgut für alle Menschen)	5. Ernährungssouveränität und -sicherheit statt Liberalisierung des Agrarhandels.	*Weiterführende Information:* http://www.attac.at/themen.html		
ATTAC:	Internationale Steuern. Wer für faire globale Regeln z. B. für Großkonzerne eintritt, darf auch vor Internationalen Steuern und der Schaffung einer Internationalen Steuer- behörde – als UN-Teilorganisation - nicht zurückschrecken. Eine Internatio- nale Steuerbehörde könnte folgende globale Aufgaben wahrnehmen:	1. Steuerschädliche Praktiken sanktionieren und Steueroasen schließen.	2. Geldwäsche ahnden und illegal erworbene Vermögen in die Ursprungsstaaten zurückführen.	3. Einheitliche Bemessungsgrundlage und Konzernbesteuerung durchsetzen.		X
		4. Die Tobinsteuer – eine Steuer auf Devisentransaktionen zur Stabilisierung der internationalen Finanzmärkte – einführen.	5. Globale Steuern auf Naturressourcen und Kerosin einführen.	6. Globale Super-Reichen-Steuer für Euro- und Dollar-Bargeld-Millionäre in der Höhe von 1% ihres Vermögens einführen. Dies würde die stolze Summe von 300 Milliarden Euro/Dollar pro Jahr einspielen – genug, um die schlimmste Armut und Umweltver- schmutzung aus der Welt zu schaffen und nachhaltiger Entwicklung allerorts den Weg zu ebnen.		
ATTAC:	Gender Taxing. Weltweit leisten Frauen 70% der unbezahlten Arbeit, erhalten 10% der Einkommen und besitzen 1% der globalen Vermögen (UNO 2000). Als Kleinverdienerinnen zahlen sie überdurchschnittlich viel Mehrwert- steuer, weil sie einen höheren Anteil von ihrem Einkommen konsumieren, und sie profitieren weit seltener von Steuervergünstigungen. Statt die bestehenden Ungleichgewichte bei Einkommen und Besitz zu verbessern, belastet die steuerliche Begünstigung von Vermögen, Gewinnen und Spitzeneinkommen die kleinen und mittleren Arbeitseinkommen von Frauen noch zusätzlich.	Steuern müssen Gender-gerecht umgestaltet werden, das Ziel der Gleichstellung von Frauen und Männern muss jede Reform des Steuersystems leiten.	Wir fordern ein gerechtes Einkommensteuersystem, Entlastung der unteren Einkommen von der Sozial- versicherung und eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage für Sozialabgaben.	*Weiterführende Information:* http://www.attac.at/themen.html		X
Aubauer:	Ressourcenkollaps	*>> Lösung analog Wirtschaft/national:* Ressourcenzertifikaten				X
Plettenbacher: *Plettenbacher:*	I. Problemkomplex Geld/Verschuldung I.1 Stopp von Schulden/Armut/Hunger in den Entwicklungsländern 1. weiter zunehmende Verschuldung der Entwicklungsländer, Verarmung von Milliarden Menschen, globaler Hunger, globale Migration 2. Zwang der Schuldentilgung in Devisen, daher Produktion für den Export statt für den Eigenbedarf; erzwungene Preissenkung von Rohstoffen und landwirtschaftlichen Produkten; rücksichtlose Ausbeutung der Ressourcen und Zerstörung der Natur in den Entwicklungsländern 3. Zwang zu Strukturanpassungen ("Globalisierung", "Liberalisierung") durch IWF & Weltbank als Handlanger der Gläubiger in den Industrienationen	1. Einführung einer zinsfreien, neutralen Weltwährung (siehe Geld/global:)	2. Sofortige und vollständige Ent- schuldung aller Entwicklungsländer	3. Abschaffung bzw. Demokratisierung von IWF & Weltbank	X	

			Gläubigerverzicht (zumindest auf Zinsen/Schuldendienst). Konzeptive Entwicklungen nötig.	*Links/Literatur:* - Jean Ziegler: UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung - Jean Ziegler, 2005 (2008): Das Imperium der Schande - Der Kampf gegen Armut u. Unterdrückung. Goldmann, ISBN 3442155134, 345 - Jean Ziegler, 2005: Die neuen Herrscher der Welt - und ihre globalen Widersacher. ISBN 3442153093, 317 S. - Jean Ziegler, 2002: Wie kommt der Hunger in die Welt? - Ein Gespräch mit meinem Sohn. Cbt Verlag, ISBN 3570300595, 176 S. - Joseph Stiglitz, 2004: Die Schatten der Globalisierung - Abrechnung mit der Politik des Internationalen Währungsfonds (IWF). Goldmann, ISBN 3442152844, 336 S. - Michael Chossudovsky, 2002: Global brutal - Der entfesselte Welthandel, die Armut, der Krieg. Zweitausendeins Verlag, ISBN 3861504413, 476 S. - Noam Chomsky, 2001: War Against People - Menschenrechte und Schurkenstaaten. Europa Verlag Hamburg, ISBN 3203760118, 159 S.	
Plettenbacher:	II. Problemkomplex leistungslose Einkommen Jegliche Form leistungsloser Einkommen (das Grundwesen des Kapitalismus "Geld arbeitet",) führt zu exponentiellem Wachstum von Vermögen, Umverteilung von Arm zu Reich und zwingt zu ständigem Wirtschaftswachstum (Wachstumsrate über der Kapitalverzinsung). Das Grundproblem besteht im exponentiellen Wachstum der Geldvermögen durch den Zins (Zinseszinseffekt - Lösungsvorschläge siehe Problemkomplex Geld/Verschuldung). Nach dem Wegfall leistungsloser Einkommen aus Geldbesitz (Haben-zinsen) würde man versuchen, leistungslose Einkommen durch Devisen- und sonstigen Börsenspeku-lationen, Renditen aus Aktiengesell-schaften, Mietzins (v.a. unregulierte Geschäftsmieten), Privatbesitz nicht vermehrbarer Güter (Grund/Boden und Bodenschätze/Rohstoffe) und sonstige Monopolbildungen zu erzielen				
	II.1 Spekulation an Devisenmärkten (Weltwährung, Tobin-Steuer) Leistungslose Einkommen aus Spekulation an Devisenmärkten (exponentielles Wachstum von Vermögen)	1. Einführung einer zinsfreien, neutralen Weltwährung (siehe I.2) 2. Einführung der. sog. Tobin-Steuer (bzw. erweiterte Spahn-Steuer): XX	XX	Extremes Übermaß von Devisenspekulationen (mehr als das 100-fache der realen Weltwirtschaft)! Destabilisierung von Währungen und Volkswirtschaften durch Spekulanten (z.B. George Soros).	x
	II.2 Einkommen aus Börsenspeku- lation (Abschaffung der Börsen) Spekulation/leistungsloses Einkommen an Börsen (exponentielles Wachstum von Vermögen).	Achtung: Diese Maßnahme stufe ich als hochgradig wichtig, aber nicht vordringlich ein. Ferner ist dieser Vorschlag derzeit viel zu radikal, unmöglich umsetzbar und nicht einmal seriös diskutierbar.	In einer (echten) freien Markt-wirtschaft sind keine Börsen nötig (auch nicht für Rohstoffe, Lebens- mittel oder sonstige Waren), an denen nur auf die Zukunft spekuliert wird, Preismanipulationen möglich sind (spekulative Über- oder	Börsenspekulation ermöglichen exponentielles Wachstum von Vermögen, bewirken Umverteilung von Arm zu Reich oder zwingen zu ständigem Wirtschaftswachstum.	x
	II.3 Renditen aus Aktien 1. Renditen/leistungslose Einkommen aus Aktiengesellschaften (exponentielles Wachstum von Vermögen) 2. Gleichstellung von Aktiengesellschaften (juristische Personen) mit Menschen (natürliche Person) 3. Dominanz des kurzsichtigen Shareholder Values über die Stakeholder (Arbeiter/Menschen, die ein Interesse am nachhaltigen Bestand/Wohlergehen eines Unternehmens haben).	Genossenschaften statt Aktiengesellschaften. Vollständige Abschaffung von Aktien/Aktiengesellschaften und Umwandlung in Genossenschaften oder zumindest Abschaffung der Gleichberechtigung von Aktiengesellschaften mit Menschen. Achtung: Diese Maßnahme stufe ich als hochgradig wichtig, aber nicht vordringlich ein. Ferner ist dieser Vorschlag derzeit viel zu radikal, unmöglich umsetzbar und nicht einmal seriös diskutierbar. *Links/Literatur:* - DVD Mark Achbar, Jennifer Abbott & Joel Bakan, 2004: The Corporation - Das pathologische Streben der Konzerne nach Geld und Macht	Durch Einführung zinsfreier Währungen auf regionaler, nationaler und globaler Ebene, sind Aktiengesellschaften zur Aufnahme von günstigem Investitionskapital überflüssig. Aktiengesellschaften handeln nicht wie natürliche Personen und dürfen daher nie die gleichen Rechte wie Menschen besitzen. Die Rechtsform der Zukunft könnten (selbst verwaltete) Genossenschaften sein, in denen der Stakeholder Value im Vordergrund steht (z.B. die Mondragon Kooperative im Baskenland). Fehler in der Satzung von Genossenschaften, die es zuließen, dass sie sich von Ihren ursprünglichen Zielen entfernten und extreme Einkommensunterschiede zwischen den Mitarbeiter entstehen (siehe Raiffeisen-Genossenschaften) müssen unbedingt vermieden werden (Joe Ofenböck). *Links/Literatur(2):* '- Mondragon Corporación Cooperativa Baskenland online.de/mondrago.htm	Leistungslose Einkommen aus Aktien/Renditen ermöglichen exponentielles Wachstum von Vermögen, bewirken Umverteilung von Arm zu Reich oder zwingen zu ständigem Wirtschaftswachstum. Nach dem Wegfall leistungsloser Einkommen aus Geldbesitz (Habenzinsen) würden man versuchen, Renditen aus Aktiengesellschaften zu erzielen. *Links/Literatur(3):* - Noam Chomsky, 2004: Profit over People, Europa Verlag Hamburg, ISBN 320376010X, 158 S. B3n_Cooperative_Corporation	x
	II.4 Regulierung/Besteuerung von Mietzinsen (v.a. Geschäftsmieten) XX	XX	XX	XX	x
				Links/Literatur: - XX	

	II.5 Leistungsloses Einkommen durch Privatbesitz nicht vermehrbarer Güter wie Grund/Boden und Bodenschätze/Rohstoffe (Pachtzins, Monopolisierung, Überteuerung, exponentielles Wachstum von Vermögen)	Gemeinbesitz nicht vermehrbarer Güter (Grund, Boden, Bodenschätze) Übergang des Privatbesitzes nicht vermehrbarer Güter wie Grund/Boden und Bodenschätze/Rohstoffe in Gemeinschaftsbesitz ("Allmende" oder "Grundbesitzgemeinschaften" XX). Das Wissen aller Naturvölker, dass kein Mensch Grund/Boden besitzen darf, war auch bei uns (Kelten) selbstverständlich und geriet erst mit dem Römischen Recht in Vergessenheit. Achtung: Diese Maßnahme stufe ich als hochgradig wichtig, aber nicht vordringlich ein. Ferner ist dieser Vorschlag derzeit viel zu radikal, unmöglich umsetzbar und nicht einmal seriös diskutierbar. *Links/Literatur:* - Silvio Gesell, 1916: Die natürliche Wirtschaftsordnung - durch Freiland und Freigeld, 389 S. - Initiative für natürliche Wirtschaftsordnung	Bodenreform oder langsamer Aufkauf von Grund/Boden durch die Kommunen (Nutzung des Vorkaufsrechts), langfristige Verpachtung an die Mitglieder der Gemeinschaft (den Bauern, den Hausbesitzer, den Firmeninhaber…), Sonderregelung für Erbschaft, Grundeinkommen von Frauen (Silvio Gesell) oder aller Bürgerinnen aus dem Pachtzins etc - Christen für gerechte Wirtschaftsordnung e.V. - Arbeitsgruppe gerechte Wirtschaftsordnung	Leistungslose Einkommen durch Spekulation mit nicht vermehrbaren Gütern (Grund/Boden, Bodenschätzen/Rohstoffen) ermöglichen exponentielles Wachstum von Vermögen, bewirken Umverteilung von Arm zu Reich oder zwingen zu ständigem Wirtschaftswachstum. Nach dem Wegfall leistungsloser Einkommen aus Geldbesitz (Habenzinsen), Aktiengesellschaften (Renditen) und Börsenspekulation würde man versuchen, Grund/Boden aufzukaufen und die Grundstückspreise in astronomische Höhen treiben (Beispiel: Japan während der Niedrigzinsphase der 90er, in der die Grundstückspreise auf über eine Million Dollar pro Quadratmeter explodierten). - Seminar für freiheitliche Ordnung (SFFO)		X langfristig
	II.6 Befreiung der Marktwirtschaft von Monopolen/Oligopolen Verhinderung einer freien Marktwirtschaft durch Bildung von Monopolen und Oligopolen	"Befreiung" der Marktwirtschaft vom Kapitalismus, welcher mit seinen Konzentrationstendenzen das freie Spiel der Kräfte von Angebot und Nachfrage konterkariert. *Links/Literatur:* - Joseph Stiglitz: "Das Märchen der freien Märkte" XX	Konzeptive Entwicklung nötig - Global Change 2009 (Aufruf zur "Befreiung" der Marktwirtschaft)	XX		X
Plettenbacher:	III. Problemkomplex Steuerung/Belohnungssysteme					
	III.1 Ausbruch aus der Import-/Exportfalle	XX	Konzeptive Entwicklung nötig	XX *Links/Literatur:* - Dr. Reinhard Stransfeld: Leiter für innovationspolitische Grundsatz- themen beim Verband Deutscher Ingenieure, Zusammenhang zwischen Export-Überschuss und Arbeits- losigkeit, XX		X
	III.2 Kostenwahrheit in Transport und Ressourcenverbrauch	XX	Konzeptive Entwicklung nötig	XX	X	
Schulmeister:	Welt-Rohstoffhandel	1. Notierung von Rohstoffen in „Währungsbündeln" 2. Erdölpreisabkommen statt Markt"lösung"	Verringert spekulative Verzerrungen die teilweise existenzbedrohende Ausmaße annehmen können.			X
G E L D						
regional						
Fuchs:	Befreiung privater (Bau)vorhaben aus der Zinseszinsfalle, dadurch Belebung kleinteiliger, realwirtschaftlicher Aktivitäten.	Geld unter 1% Sparen + Anschlusskredit resp. Kredit + Nachsparen. Mit erheblich Vorteilen für den Kredit-Sparer - bei angemessener Rendite für die Bank und erheblichem wirtschaftsbelebenden Potenzial	- Befreit aus Zins- und Zinseszinsenfalle - Erspart dem Kunden ca. 1,6 % / Jahr - Bank verzichtet auf ca. 1,2% / Jahr - Kreditfixzins <1% mit Weitergabegarantie - Einbau in Gesamtlebens/Generationenplan - Risikolose Anlage- und Finanzierungsform - Chance für innovative Investitionen			X
Granditz:	Drohender Euro-Wertverlust. Systembedingter Abfluss regionaler Kauf- und Wirtschaftskraft.	Energiegedeckte Regionalwährung zur Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe. Durch regionale, gemeinnützige Ökoenergieproduktion mit dreifach positivem Effekt: a) Geldkreislauf in der Region b) Gewinnung von Energieunabhängigkeit c) Reduktion der Umweltbelastung.	*Siehe Modellbeschreibung* : http://www.neuesgeld.com/getfile.php?id=273 *Info International:* http://www.complementarycurrency.org/ccDatabase/	Zinsfreie Finanzierung gemeinnütziger, kommunaler Ökoenergieanlagen beschleunigen den erforderlichen Strukturwandel zur dezentralen, subsidiären Solidarökonomie.		X
Plettenbacher:	I.5 Schaffung vollwertiger, regionaler Währungssysteme 1. Abfluss von Wertschöpfung und Arbeitsplätzen aus benachteiligten in bevorzugte Regionen 2. mangelnde Steuerbarkeit und Stabilität von Geldmenge und Geldumlauf auf regionaler Ebene 3. kein Standbein/Ausweichmöglichkeit für die Wirtschaft bei einer überregionaler Rezession 4. sinnlose Import-/Export-Strategie, Abhängigkeiten und Instabilitäten; Energievergeudung, Umweltzerstörung und Verlust der Lebensqualität durch unnötigen Transport und Pendeln *Links/Literatur:* - Margrit Kennedy & Bernd A. Lietaer, 2004: Regionalwährungen - Neue Wege zu nachhaltigem Wohlstand, 304 S de.wikipedia.org/wiki/Komplementärwährung	Flächendeckendes Netzwerk von Regionalwährungen (möglichst stabile, vernetzte, unabhängige regionale Währungssysteme) - Richard Douthwaite: FEASTA Foundation for the Economics of Sustainability - Martin Demmeler: München	Regionale Gutschein- und elektronische Zahlungssysteme (Barter Systeme): a) Regionen ca. 60-100 km im Durchmesser; b) demokratische Kontrolle über Geldschöpfung, Geldmengen- und Geldumlaufsteuerung in der Region; c) möglichst hohe regionale Wertschöpfung; d) möglichst hohe regionale Eigenversorgung und Reduktion des Transports auf Mindestmaß (Minimierung aller Importe/Exporte); e) Wirtschaften in 3-stufigem subsidiären Geldsystem: 1. regionale, 2. nationale, 3. globale Ebene (Ziel ca. 70-20-10%, derzeit ca. 10-20-70% - regional unterschiedlich) Schumacher: öst. Ökonom, Jurist, Philosoph, Vordenker der Umweltbewegung., Träger des "Alternativen Nobelpreis", Stichwort http://de.wikipedia.org/wiki/Ernst_Friedrich_Schumacher	- Vermeidung von Anonymisierung (Stichwort "Gammelfleischskandal"); - Schaffung von Kooperation statt Konkurrenz durch möglichst häufige Interaktion (Spieltheorie; vgl. Robert Axelrod) und räumliche Nähe der Partner (Einhaltung von Abmachungen bis ca. 60 km; vgl. Martin Demmeler); - zusätzliches Standbein bei überregionaler Rezession (z.B. antizyklische Stabilisierung durch WIR-Ring Schweiz), stabile ökonomische Systeme sind nur durch kleinräumige, vernetzte Geldsysteme (Computermodelle von Richard Douthwaite, FEASTA), "Small is Beautiful" (Leopold Kohr) *Links/Literatur(4):* - Regionales Wirtschaften www.NeuesGELD.com		X
		1.Regiogeld (regionale Gutschein-Systeme, Chiemgauer) - Verband der Regiogeld-Initiativen	2.Barter-Systeme (WIR-Bank Schweiz) - WIR-Bank Schweiz	3. Nachbarschaftshilfe/ Tauschkreise/Zeitgeld (Time Banks)		

		4. Jugendprojekte auf Zeitbasis (Motion Wörgl)	5. Altersvorsorge auf Zeitbasis (Fureai Kippu Japan)	6. Alternative Versicherungssysteme (Artabana)		
		7. Regionale Investmentfonds (Regional-AG)	8. Energiegedeckte Währungen	9. Regionale Unabhängigkeit in der Energieversorgung		
Plettenbacher:	Schaffung einer gemeinwohl- orientierten Bürgerbank	*>> Lösung analog* Geld/national: Gemeinwohlorientierte Bürgerbank.			X	
Schallhas:	Mangel an Liquidität und Arbeitsplätzen. Die Liquidität fließt in die kapitalkräftigen Zentren und zu den großen Kapitalinhabern ab	Förderung von Regionalwährungen und Tauschkreisen	Beleben die regionale Wirtschaft, da weniger Kaufkraft aus der Region abfließt; fördert die wirtschaftliche Kreativität, wodurch zusätzliche Arbeitsplätze entstehen; der Grad der Wirksamkeit hängt von der Anzahl der Beteiligten ab (vergleiche Telefonanschlüsse)	Stärkung der Wirtschaftskraft und Unabhängigkeit der Region (z.B. Bezirk) durch funktionierende Regionalwährungen und Tauschkreise. Sie können auch in Zeiten von Währungszusammenbrüchen die Auswirkungen abmildern. Sie können aber kein Ersatz für einen sozial- und umweltgerechten Umbau der nationalen Währungen sein.		X
G E L D						
national						
ATTAC:	Rettung vor dem drohenden Staatsbankrott, gleichzeitig Herstellung von Steuergerechtigkeit.	*>> Lösung analog* Mensch/national: Vermögen höher besteuern.				X
ATTAC:	Sanierung der öffentlichen Haushalte, gleichzeitig Herstellung von Steuergerechtigkeit.	*>> Lösung analog* Mensch/national: Alle Einkommensarten gleich besteuern.				X
Aubauer:	Beseitigung der zerstörerischen Wirkung des Geldsystems.	*>> Lösung analog* Wirtschaft/national: Ressourcenzertifikate (Ressourcengeld).	Zusatzerklärung bezüglich des Geldsystems: Die Stabilisierung der bereits zerstörerisch, grenzüberschreitenden Wirtschaft (Ausbeutung von Natur und Mensch), angetrieben mitunter durch das gegenwärtige Geldsystem, erfolgt durch ein begrenzend wirkendes Ressourcengeld als zweite Währung (Komplementärwährung als Parallelwährung). Ressourcengeld, ein im Wert beständiges Zugriffsmittel auf Naturressourcen und ein Abbild der Nutzung der Natur und herkömmliche Geldmittel als Handelsmittel zum flexiblen wirtschaftlichen Einsatz, führen zu einer optimalen Allokation aller Ressourcen und optimieren so den gesellschaftlichen Wohlstand. – Die Einführung ist zwar im Prinzip in jeder politischen Handlungseinheit (Staat, Staatenbund) möglich, je mehr Staaten jedoch daran gleich beteiligt sind, desto einfacher wird es.	Zusatzerklärung bezüglich des Geldsystems: Die gegenwärtig systemimanente Vermehrung von Geld und damit zwanghaften Ausweitung der Realwirtschaft (verstärkende Rückkopplung) führt in einem endlichen System (Erde) zu ständigem Schwingen (Wachstum und Zusammenbruch) und führen im gegenwärtigen Ausmaß zu bereits bleibenden Schäden des Naturhaushalts und zur ernsten Ressourcenknappheit (Ausbeutung von Natur und Mensch). Diese Entwicklung gilt es zukünftig zu stoppen und in eine nachhaltig stabile Wirtschaft überzuführen.		X
Plettenbacher:	I.3 Vollgeld (100% Banking) statt Fiat-Money, Schaffung einer "Monetative" 1. exponentielles Wachstum der Vermögen (und Schulden) durch den Zinseszinseffekt 2. dadurch ständiger Zwang zu Neuverschuldung und Wirtschaftswachstum 3. exponentielle Umverteilung von Vermögen von Arm zu Reich, Verarmung breiter Bevölkerungsschichten (Wirtschaftswachstum sinkt immer unter die Kapitalverzinsung!) 4. ständige Inflation mit regelmäßigem Kollaps aller Währungen (ca. alle 60 Jahre) 5. Geldschöpfung durch die Kreditvergabe der Privatbanken (abhängig vom Mindestreservesatz) 6. Wiedererlangung der Seigniorage durch den Staat (Erträge durch die Geldschöpfung)	Vollgeld nach Joseph Huber (100% Banking) mit einer Demokratisierung der nationalen Geldschöpfung und der Zentralbank als 4. Säule der Demokratie ("Monetative")	Jeder durch Geschäftsbanken vergebene Kredit muss zu 100% durch Zentralbankgeld gedeckt sein. Für Vermögen sind (Leit-)Zinsen an die Zentralbank zu zahlen. Die Zentral- bank erlangt die vollständige Kontrol- le über Geldschöpfung, Geldmengen- und Geldumlaufsteuerung. Daher vollständige Demokratisierung der Zentralbank nötig ("Monetative"). Ausschüttung der Einnahmen aus Geldschöpfung und Zinsen an die BürgerInnen in Form eines Grundeinkommens.	Durch den Mindestreservesatz von 2% in der EU können Geschäftsbanken ihre Zentralbankgeldguthaben 50-fach als Kredite vergeben (Buchgeld)! Habenzinsen zwingen die Banken ständig dazu, neue Schuldner zu finden. Zinsen, die nicht gleichmäßig an die Bevölkerung verteilt werden, führen nach dem Prinzip "Wer hat, dem wird gegeben" dazu, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander geht - was in sozialen Unruhen endet	X	
			Links/Literatur: - Joseph Huber: deutscher Soziologe, Lehrstuhl für Wirtschafts- und Umweltsoziologie an der Martin-Luther-Universität Halle	*Links/Literatur(2):* - Joseph Huber, 1998: Vollgeld - Beschäftigung, Grundsicherung und weniger Staatsquote durch eine modernisierte Geldordnung, Duncker & Humbolt, Berlin, 452 S., Kurzfassung 31 S. in "Der Hallesche Graureiher 2004-5"		
Plettenbacher:	I.4 Schaffung einer gemeinwohl-orientierten Bürgerbank	xx	xx	xx	X	
		Links/Literatur: - JAK Bank Schweden JAK Medlemsbank	*Links/Literatur(2):* Unterguggenberger Institut - Geld unter 1 % Zins	*Links/Literatur(3):* - Margrit Kennedy & Bernd A. Lietaer, 2004: Regionalwährungen - Neue Wege zu nachhaltigem Wohlstand, 304 S		

Schallhax:	Weitere Überschuldung des Staates durch sog. Bankenhilfspakete und diverse zusätzliche Subventionen und Förderungen; der steigende Schuldendienst geht auf Kosten dringender sozial- und umweltpolitischer Maßnahmen	Ausgabe von Taxos (Steuergutschriften) als Komplementärwährung zum Euro statt Staatsanleihen bei den Geschäftsbanken *Detailinformation:* http://www.taxos.info/taxos.html	Der Schuldendienst des Staates wird gemildert, sein politischer Handlungsspielraum erweitert	Die Taxos würden eine zinsfreie Komplementärwährung auf nationaler Ebene darstellen, die dem Staat hilft, der Schuldenfalle zu entkommen und angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise Zeit für Reformen zu gewinnen. Sie sind eine Übergangsmaßnahme bis zur Einführung eines Vollgeldsystems, das ohne multiple Kreditgeldschöpfung und Reinzins auskommt (siehe nächster Punkt).	X
Schulmeister:	Finanzmarktkrise	*Direkte Eingriffe in Finanzsektor:* 1. Zinsanpassungen, Kreditbereitschaft, „Durchleuchten" spekulativer Aktivitäten > 2. (Teil)Verstaatlichung als Chance	Beseitigt Kreditverstopfung = belebt Wirtschaftstätigkeit		X
GELD					
europäisch					
ATTAC:	Bankenrettung Rettungsmaßnahmen an Aufklärung zum Systemwechsel koppeln.	1. Rettung nur im Gegenzug für konsequente Krisenaufarbeitung mit systemischen Änderungen! Es müssen Maßnahmen zur Transformation des Finanzsystems getroffen werden, die auf die Beseitung der systemischen Ursachen der Krise abzielen (z.B. Stärkung der internationalen Kooperation, Regulierung der Akteure und Produkte, Umverteilung von oben nach unten) • Das wirtschaftspolitische Dogma der Effizienz völlig freier Märkte muss aufgegeben werden (z. B. als Zielbestimmung der EU-Verträge) • Rettungsmaßnahmen müssen an einen tatsächlichen Systemwechsel, also eine Abkehr von den liberalisier- ten und deregulierten Finanzmärkten, gekoppelt sein; Rettungsmaßnahmen müssen auf systemische Änderungen abzielen. Sie sollen beitragen, die Dominanz der Finanzmärkte zu überwinden, anstatt das alte krisenanfällige Finanzsystem zu reparieren ohne nachhaltige Veränderungen umzusetzen. • Umfassendes Investitionsprogramm in Umwelt, Soziales und Bildung um die Folgen der Krise abzufangen und die Wirtschaft nachhaltig umzugestalten.	2. Die VerursacherInnen müssen einen möglichst hohen Teil der Kosten der Rettungsmaßnahmen selbst tragen. • FinanzinvestorInnen müssen an der Finanzierung der Kosten der Krise beteiligt werden • Kapitaleinkünfte hoch, einheitlich und progressiv besteuern; Vermögen ebenfalls besteuern • Sonderabgabe auf Vermögen ("KrisenverursacherInnenabgabe") zur Finanzierung der Maßnahmen zur Kriseneindämmung • Gehälter des Managements der Finanzinstitute, die Rettungsmaßnahmen beanspruchen, auf das 30-fache des Mindestlohnes deckeln. ManagerInnen müssen Teile ihrer Boni zurückzahlen • Zurückhaltung bei den Rettungsaktionen und Mittel primär in öffentliche Investitionsprogramme stecken • Veröffentlichungspflicht von Vorstandsgehältern • Spitzensteuersatz für die Top 1% der Spitzenverdiener (Gordon Brown) • Rettungspaket muss durch Gremium abgewickelt werden, das dem Parlament berichterstatten muss	3. Öffentliche Hand muss sich nachhaltig Anteile an den geretteten Banken sichern. • Verstaatlichte Banken müssen öffentlich und gemeinnützig werden/sein. Nicht das Ministerium soll „hineinregieren", sondern die Bestellung des Vorstands muss nach verfassungsmäßigen Verfahren erfolgen. Die Ziele, welche dieses regierungsunabhängige Management verfolgen muss, sollten ebenfalls in der Verfassung festgeschrieben sein. Die Mitsprache aller Stakeholder muss gesichert werden. Darüber hinaus dürfen Banken nicht unter dem Druck stehen, nach privatwirtschaft- licher Logik zu wirtschaften. • Rettungsmaßnahmen in Anspruch nehmende Banken müssen Anteile an die öffentliche Hand abtreten. • Wenn Banken das Rettungspaket in Anspruch nehmen wollen, müssen sie ihre Filialen in Steueroasen schließen.	X
ATTAC:	Neugestaltung der internationalen Finanzmärkte.	1. Europäische oder globale Finanzmarktaufsicht. • Einführung einer demokratischen EU-weiten und globalen Finanzmarktauf- sicht zur Kontrolle der Akteure und Produkte • Solange keine EU-weite oder globale FMA in Sicht ist, müssen die EU und die internationale Gemein- schaft eine vollkommene internatio- nale Berichtsplicht einführen, wobei die einzelnen nationalen Aufsichten für jene globale Banken verantwort- lich sind, die in ihrem Land den Stammsitz haben.	2. Strenge Regulierung von Investmentfonds. • Strenge und international einheit- liche Regulierung der Hedge- und Private-Equity-Fonds – als erster Schritt innerhalb Europas • Gesetzliche Offenlegung von EigentümerInnenstruktur, Mittelher- kunft, Investitionsschwerpunkte, Risikomanagementmodelle, Gewinnen und Risiken sowie von der Anreizstruktur des Managements • Haftung für Fehlinformationen • Veranlagungsvorschriften sollen riskante Anlagestrategien verbieten (z. B. Leerverkäufe, OTC-Geschäfte), insbesondere für Pensionsfonds • Investmentfonds sollten keine Kredite für ihre Spekulationstätigkeit bekommen, bzw. sollte es strenge Eigenkapitalvorschriften an Banken für die Vergabe an Investmentfonds geben. • Realisierte Gewinne der Fonds müssen der Einkommensteuer unterliegen • Kein Zugang zum EU-Markt (Werbung, Vertrieb) für Fonds, die in Steueroasen lizenziert sind	>> 2. Fortsetzung: • PE-Fonds sollten - wenn überhaupt - auf die Finanzierung des Aufbaus neuer Unternehmen und auf Risikosegmente beschränkt werden. Sie müssen ebenfalls einer strengen Regulierung, hohen Transparenzvorschriften und einer strengen öffentlichen Kontrolle unterliegen. Sinnvoller ist jedoch die finanzielle Förderung kleiner und mittelständischer Unternehmen durch Stärkung klassischer Finanzierungsquellen (z.B. Förderbanken). Technologieförderung (z.B. für regenerative Energien) sollte direkt an innovative Unternehmen fließen und nicht an deren KapitalgeberInnen. • Stärkung der Mitbestimmung der Betriebsräte • Verhinderung von kreditfinanzierten Sonderausschüttungen	X
		3. Regulierung der Derivate. • Zulassungspflicht für Derivate • Verbot des OTC-Handels: Handel mit Derivaten nur im Rahmen von Börsen. Als eine wichtige Maßnahme zur Umsetzung muss der Rechtsschutz für OTC-Geschäfte entzogen werden. • Besteuerung des Handels mit Derivaten durch eine allgemeine Finanztransaktionssteuer.	4. Schließung der Steueroasen. • Steueroasen müssen geschlossen werden • Banken, Versicherungen und Unternehmen, die Rettungspakete beanspruchen, müssen ihre Filialen in Steueroasen schließen • Konzernen und Banken, die Briefkastenfilialen auf Steueroasen unterhal- ten, soll die Lizenz entzogen werden wenn sie die Geschäfte nicht einstellen • Abschaffung des Bankgeheimnisses • Mehr Transparenz: Unternehmen müssen Firmenstruktur samt Tochterfirmen mit ausgewiesenen Gewinnen und gezahlten Steuern öffentlich machen • Wirtschaftssanktionen gegen Steueroasen und stärkere Verfolgung von Beihilfe zur Steuerflucht (v.a. durch Offshore-Dienstleistungen)	>> 4. Fortsetzung: • Ein automatischer globaler Informationsaustausch zwischen Steueroasen und Herkunftsländern muss hergestellt werden • Keine Ausnahmen bei der Zinsricht- linie der EU für die Steueroasen Österreich, Luxemburg und Belgien: automatischer Informationsaustausch statt Quellensteuer • Erweiterung der Zinsrichtlinie der EU auf Dividenden, Veräußerungsgewin- ne und Erträge innovativer Kapital- marktprodukte wie Derivate, auf Unternehmen, Trusts und Stiftungen und auf Drittländer. • Gemeinsame Mindeststeuersätze und Steuerbemessungsgrundlagen in der EU • Ein Strukturfonds muss bei der – ebenfalls zu schaffenden – UN-Steuerbehörde eingerichtet werden, der die Umstrukturierung der Wirtschaft in den Steueroasen mitfinanziert.	

Weiterführende Information:
http://www.attac.at/themen.html

ATTAC: Neugestaltung der internationalen Finanzarchitektur.

5. Weltweite oder zumindest EU-weite Einführung einer allgemeinen Finanztransaktionssteuer.
- Einführung einer allgemeinen Finanztransaktionssteuer (inkl. Derivate, Aktien und Währungshan- del) weltweit oder zumindest auf Ebene der EU, die über Clearing- stellen abgewickelt werden. Diese müssen demokratischer Kontrolle unterliegen.
- Der Steuersatz muss zwischen 0.1% und 2% liegen. Dabei sollte man klein anfangen und ihn dann je nach Auswirkungen auf die Märkte hochfahren.
- Primäre Verwendung des Steueraufkommens für die Erfüllung der Milleni- um Development Goals. Ein Dritte könnte auch an die EU gehen, die damit ein großes Interesse an der effektiven Einhebung der Steuer hätte. Auch die Finanzplätze könnten einen Teil davon erhalten, da ihr Wider- stand dann geringer sein würde.
- Einen parlamentarischen Beschluss in Österreich, der die Regierung verpflichtet, sich massiv für eine Einfüh- rung der Steuer in Europa einzusetzen.

8. Radikale Reform der EZB und anderer neoliberal geformter Zentralbanken.
- Demokratisierung der Zentral- banken durch die Besetzung des Gouverneursrates nach Stakeholderansatz (SchuldnerInnen, Gläubiger-Innen, KMU-VertreterInnen, Konsument-InnenvertreterInnen, Arbeitnehmer-vertreterInnen, Regierungsvertreter-Innen); Rechenschaftspflicht dem Parlament gegenüber
- Solange sich keine Fiskalpolitik um die Stabilisierung einer hohen Beschäftigung kümmert, muss die Geldpolitik der Zentralbanken auch das Ziel einer hohen Beschäftigung verfolgen. Gibt es eine fiskalpoliti- sche Steuerung der Nachfrage, sollte die Geldpolitik auf Verteilungsgerecht- igkeit und Stabilität abzielen.
- Die Inflationsbekämpfung soll von demokratisch besetzten korporatistischen Preiskommissionen übernommen werden.
- Zentralbanken müssen sich mehr um die Stabilität der Finanzmärkte und um die Vermeidung von Spekulationsblasen kümmern...

1. Einschränkung des freien Kapitalverkehrs durch Kapitalverkehrskontrollen.
- Fehlt der demokratische Rahmen, der den Standortwettbewerb zwischen Staaten unterbindet, müssen Kapitalverkehrskontrollen den freien Kapitalverkehr einschränken
- Im EU-Zielkatalog muss festgelegt werden, dass der Kapitalverkehr zugunsten wichtigerer Ziele wie Steuergerechtigkeit und Steuervollzug, Finanzmarktstabilität und unab- hänigige Geldpolitik beschränkt werden darf
- Artikel 63 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ex art. 56 ECT), der jegliche Einschrän- kung des freien Kapitalverkehrs verbietet, muss abgeschafft werden

6. Öffentliche Rating Agenturen.
- Einführung von demokratisch besetzten öffentlichen Rating Agenturen
- Eine EU Rating Agentur könnte die Zulassungsprüfung von Derivaten übernehmen.

7. Öffentlicher, kleinstrukturierter und nicht-gewinnorientierter Bankensektor.
- Gerettete Bankenhäuser sollen öffentlich bleiben und gemeinnützig geführt werden
- Das Ziel einer alternativen Kapitalmarktoffensive muss ein öffentliches, kleinstrukturiertes und gemeinnütziges Hausbankensystem sein.
- Das demokratische Recht auf ein kostenloses Girokonto und sicheres Sparkonto.
- Kostengünstige Kreditvergabe an "real" investierende Unternehmen.

9. Shareholder Value brechen.
- Aktienstimmrechte müssen an die Haltedauer der Aktie gekoppelt wer- den um die Einflussnahme kurzfri- stiger Interessen zu minimieren.
- Stockoptions müssen verboten und ein Deckel für Managergehälter, Boni und Beratungshonorare eingeführt werden. Statt Stockoptions, Koppelung eines Teils der Managergehälter an Gemeinwohlindikator, z. B. neu zu schreibende CSR-Charts (die dann verbindlich wäre) oder z.B. Betriebsklima
- An Entscheidungen in der Unternehmenspolitik müssen die Stakeholder beteiligt werden. Vetorecht bei existenziellen Entscheidungen wie Fusion, Standortverlagerung oder – schließung

>> 1. Fortsetzung:
- Innerhalb der EU muss eine demokratische Investitionslenkung einge- führt werden. Es braucht Lenkungsmaßnahmen für unerwünschte Kapitalflüsse. Z.B. sollten Banken Assets als Reserve bei den Zentral- banken als Sicherheit hinterlegen. Neben einer gemeinsamen Lohn- politik sollte auch eine gemeinsame Investitionspolitik den Ausgleich der wirtschaftlichen Entwicklung zwischen den Euro-Ländern herstellen, der unabdingbar für das längerfristige Bestehen der Währungsunion ist.

2. Haftung der AnlegerInnen.
- AnlegerInnen müssen an den Kosten der Krisen beteiligt werden
- Schuldnerländer müssen die Möglichkeit haben, Zahlungen an InvestorInnen einzufrieren bzw. Insolvenz anzumelden
- Bei der Rettung von Banken muss sich die öffentliche Hand entsprechende Anteile sichern

>> 7. Fortsetzung:
- KreditnehmerInnen sollten neben der ökonomischen Bonitätsprüfung zusätzlich auf soziale und ökologische Kriterien geprüft werden ("ökosoziales Basel III").
- Kostengünstige Kredite an den Staat.
- Demokratische Banken lassen die Finger von Aktien, Fonds und Derivaten. Sie kooperieren nicht mit Steueroasen und hüten kein Bankgeheimnis, weil dadurch die Finanzierung des Gemeinwesens untergraben würde, was sich mit dem Geist der Demokratie nicht verträgt.
- Transparenz bei allen Geschäftsvorgängen schafft Vertrauen in die demokratischen Banken.
- Demokratische Banken sind von der Regierung unabhängig. Ihre Leitungsgremien kommen auf demokratische Weise zustande und können damit auch jederzeit abgewählt werden. Sie sind dem Souverän jederzeit Rechenschaft schuldig und per Gesetz zum Dienst an der Wirtschaft und Gesellschaft verpflichtet

10. Umverteilung von oben nach unten.
- Alle Kapitaleinkommen (Vermögensbezogene Einkommen, Gewinneinkommen) müssen mindestens gleich und progressiv besteuert werden.
- Vermögenssteuern, wie die Erbschafts- und Schenkungssteuer müssen wieder eingeführt werden.
- Löhne müssen steigen

3. Weltbank und Internationalen Währungsfonds reformieren.
- Weltbank und IWF müssen einer demokratisierten UNO unterstellt werden
- Die Stimmrechte müssen zu Gunsten der Entwicklungsländer neu verteilt werden
- Eine "Doppelte Mehrheit" ist einzuführen, die Beschlüsse nur dann möglich macht, wenn auch die Mehrheit der Entwicklungsländer zustimmt.
- Der IWF soll sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren: Liquidität zur Verfügung stellen, Wechselkurse stabilisieren, als "Letzter Kreditgeber" fungieren, d. h. er soll zu einer Art Weltzentralbank weiterentwickelt werden

X

Aubauer: Beseitigung der zerstörerischen Wirkung des Geldsystems.

>> Lösung analog Mensch/national:
Vermögen höher besteuern.

Zusatzerklärung bezüglich des Geldsystems: Die Stabilisierung der bereits zerstörerisch, grenzüberschreitenden Wirtschaft (Ausbeutung von Natur und Mensch), angetrieben mitunter durch das gegenwärtige Geldsystem, erfolgt durch ein begrenzend wirkendes Ressourcengeld als zweite Währung (Komplementärwährung als Parallelwährung). Ressourcengeld, ein im Wert beständiges Zugriffsmittel auf Naturressourcen und ein Abbild der Nutzung der Natur und herkömmliche Geldmittel als Handelsmittel zum flexiblen wirtschaftlichen Einsatz, führen zu einer optimalen Allokation aller Ressourcen und optimieren so den gesellschaftlichen Wohlstand.

Zusatzerklärung bezüglich des Geldsystems: Die gegenwärtig systemimmanente Vermehrung von Geld und damit zwanghaften Ausweitung der Realwirtschaft (verstärkende Rückkopplung) führt in einem endlichen System (Erde) zu ständigem Schwingen (Wachstum und Zusammenbruch) und führen im gegenwärtigen Ausmaß zu bereits bleibenden Schäden des Naturhaushalts und zur ernsten Ressourcenknappheit (Ausbeutung von Natur und Mensch). Diese Entwicklung gilt es zukünftig zu stoppen und in eine nachhaltig stabile Wirtschaft überzuführen.

X

Bozsoki:	Finanzmarktderegulierung als wesentliche Krisenursache	Neue, zumindest europaweite Finanzmarkt-Regeln.	1. Höhere Eigenkapitalvorschriften zur Kreditvergabe und möglichst keine variablen Zinssätze für private Konsumenten (z.B. Häuslbauer) --> gilt aber nur für die USA, GB usw. bei uns gibt es das schon. 2. Gründung Gesellschaft zum Schutz von Eigenheimbesitzern (-->v.a. USA, Spanien, Irland, Island notwendig) --> nach dem Vorbild der Home Owners Loan Corporation (HOLC) unter Roosevelt --> Staat stattet diese Gesellschaft mit Kapital aus --> gibt Anleihen im Tausch gegen kleine und mittlere Eigenheimhypotheken aus. Oder: Handelt mit den Personen besser Bedingungen (längere Laufzeiten, Entgegenkommen bei der Zinshöhe etc. aus) 3. Generelles Verbot von Derivaten. Ausnahmsweise nur erlaubt und besteuert, wo es mit der Realwirtschaft zu tun hat (z.B.: Währungskurshedging für konkrete Exporte.) .	4. Keine Verschärfung der Eigenkapitalvorschriften für die KMU's, die realwirtschaftlich produzieren. (Weg mit Basel II) 5. Verbot von Stock Options – also der Koppelung der Managergehälter an den Aktienkurs. 6. Prüfung aller Finanzprodukte: Einheitliche europäische und internationale Standards --> hier wird das Risiko von einer unabhängigen Behörde auf die Realwirtschaft geprüft. So wie ein Medikament vorher auf seine Wirkung geprüft wird. 7. Rating Agenturen nur noch als öffentliche Institutionen zuzulassen. > Aus für das gegenwärtig kommerzielle Agenturgeschäft, denn heute sind sie privat, nicht unabhängig und mit Banken verflochten. --> Haftungspflicht: noch besser wäre es, wenn die Banken selbst Ratings machen. Prinzip: Mehr Meinungen – mehr Ideen – mehr Eigenverantwortung – kritischeres Hinterfragen – möglicherweise weniger Risiko	x
Bozsoki:	Wechselkurse der Willkür der Finanzmärkte respektive der Spekulation auf Währungskurse ausgesetzt.	Lösung 1: Neue Geldpolitik der Notenbanken	1. Koordination von stabilen Wechselkursen (siehe letzter Punkt Neues Bretton Woods 2. Zweigleisiges Kreditsystem: A. privilegierte geschützte Kredite für langfristige Investitionen „produktive Kredite" --> für ein europäisches antizyklisches Konjunkturprogramm (z.B. Infrastruktur, Bildung und Forschung, etc.) --> niedrige oder Nullverzinsung --> sog. produktive Kreditschöpfung als „Anschubfinanzierung" für ein europäisches Konjunkturprogramm über öffentliche Banken und die Europäische Investitionsbank--> muss sein, weil die bankrotten Banken in der Krise keine Kredit mehr geben B. Zinsen für Privatbanken --> „normales" Zinsniveau über --> dürften nach der Krise vorsichtig mit der Kreditvergabe sein	3. Investitionen von Maastrichtkriterien ausklammern 4. Anhebung der Mindestreservepflicht (Mittel, die die Geschäftsbanken bei der Zentralbank hinterlegen müssen) für die Geschäftsbanken --> je mehr spekulativ ist, desto höher sind auch die Mindestreservesätze (Regulierung der Art der Kreditvergabe) --> derzeit leider ein Tabuthema selbst für progressive Banker 5. Demokratisierung der Geldpolitik: Schwedisches Modell: Alle gesellschaftlichen Gruppen bestimmen die Geldpolitik --> Rücksicht auf Wachstum und Beschäftigung und nicht nur Stabilität 7. Kapitalverkehrskontrollen Heute strömt Kapital durch die Deregulierung völlig unkontrolliert ein und aus und ursacht immer wieder Finanzkrisen.	x
		Lösung 2: Neues Bretton Woods-System stabiler Wechselkurse. Bretton Woods ist ein Ort in den USA, wo schon 1944 eine größere Staatengruppe die Grundzüge formuliert hat.	6. Stabile Wechselkurse Die Wechselkurse werden heute von der Willkür der Finanzmärkte bestimmt. Der Wechselkurs erfüllt einen wichtigen Ausgleichsmechanismus. Entwickelt sich z.B. ein Land wirtschaftlich schlechter weiter (hohes Defizit, hohe Inflation, niedriges Wachstum und niedrige Produktivität) muss der Wechselkurs natürlich gegenüber einem anderen Land sinken. Wechselkurse müssen daher staatlich koordiniert werden. Was heißt das: Es werden Schwankungsbreiten (z.B. +/-1%) ausgemacht, die verteidigt werden. Wie macht man das: a. *Durch eine Regulierung des Kapitalverkehrs* b. *Durch gegenseitige Intervention der Notenbanken (diese kaufen bzw. verkaufen Währungen).* c. *Durch die Koordinierung der Handelsbilanz (diese soll zu den anderen Staaten möglichst ausgeglichen sein).*	Es gibt mehrere Arten den Kapitalverkehr zu koordinieren. Entweder durch Steuern auf kurzfristige Investitionen bzw. auf überhöhte Kapitalflucht. Venezuela hat erfolgreich sog. Bardeports eingeführt. Dabei musste ein Investor für reine Finanzflüsse 30% des Kapitals unverzinst bei der Nationalbank hinterlegen und bekam es unverzinst nach 1 Jahr zurück. Das hat kurzfristige Finanzgeschäfte abgeschreckt und reale Investitionen erhöht. Bei langfristigen Kapitalanlagen fiel es nicht so ins Gewicht. Und für realwirtschaftliche Investitionen hab es diese Pflicht ohnehin nicht. Man kann auch den Kapitalverkehr begrenzen und sagen so und soviel darf zu diesen und diesen Bedingungen ein und ausströmen. Natürlich bedeutet dies, dass man eine starke Finanzaufsicht braucht.	x
			8. Internationale Reservewährung Im alten Bretton Woods System waren alle Währungen an den Dollar gekoppelt. Das bedeutet, dass alle wichtigen Güter international in dieser Währung gehandelt werden (Rohstoffe, Öl, Gas etc.) Damit bekam der Dollar ungeheure Macht, weil theoretisch - derzeit auch praktisch - die USA unbegrenzt Dollars drucken können und dies keine Auswirkungen um ihre Defizite zu decken. Als „Versicherung" dass das nicht passiert hat man den Dollar an das Gold gekoppelt und den anderen Staaten eine Goldeinlösegaratie eingeräumt. In der Realität haben die Amerikaner aber gemacht was sie wollten. Da die Produktivität gegenüber andern Staaten zurückgegangen und die Inflation angestiegen ist, hätte eigentlich der Dollar abstürzen müssen.	Die anderen Staaten haben aber immer Dollars aufgekauft, um den Wechselkurs zu stabilisieren. So sind die Amis vom Kapitalexporteur zum Konsument auf Kosten der anderen Staaten geworden. Dieses System musste einmal zusammenbrechen. Wir brauchen daher: *Die Internationale Resevewährung* (die den internationalen Zahlungsverkehr regelt). Es ist im Grunde dasselbe, was der Ecu vor dem Euro war. Der Ecu war nur eine Verrechnungseinheit der sich aus einem Korb mehrerer Währungen zusammengesetzt hat. Damit gibt es kein Monopol und keine Macht für eine einzelne Währung. J.M. Keynes hat genau so was angedacht, aber die Amis haben das verhindert	

Borsoki:

Politik am Gängelband der Wirtschaftseliten

Erhöhung des zivilgesellschaftlichen Drucks auf die Regierenden. Das Volk muss und kann, durch konsequente, selbstbewußte Aufdeckung der wahren Zusammenhänge, den Umschwung herbeiführen, denn:

9. Clearing Union
Stabile Wechselkurse kann es auch nur geben, wenn die Handelsbilanzen halbwegs ausgeglichen sind. Es ist sowieso besser sich auf die Binnenkonjunktur zu konzentrieren, als ständig Exportrekorde erzielen zu wollen. Denn Überschüsse gibt es nur, wenn andere Handelsbilanzdefizite zulassen.

Keynes hat für ein funktionierendes System auch eine Ausgleichsbehörde für notwendig gehandelt, die die Handelsbilanzen koordinert.
System: Länder mit Handelsbilanzüberschüssen zahlen dafür Zinsen, jene mit Handelsbilanzdefiziten bekommen im Gegensatz dazu Negativzinsen zugesprochen.

Wenn aber alles nichts nützt, dann sollten Währungen ab- bzw. aufwerten, aber nur in internationaler Absprache.

11. Übergangsmaßnahmen
a.) *z.B. Tobin Tax:* Geringe Transaktionsgebühr auf Währungsspekulation --> jedoch nur notwendig wenn ein neues Bretton Woods nicht gelingt --> bekämpft aber auch nur Symptome --> Steuer von 0,1% soll angeblich 70 Mrd. Euro Einnahmen bringen. --> Problem: gegen koordinierte Spekulation nur unzureichendes Konzept
b.) *Regional begrenzte „Mini-Betton Woods"* --> z.B. EWS-System zwischen Euro und angrenzenden Währungen.

a.) Die meisten Politiker kennen sich gar nicht aus
b.) Think Tanks sind meist neoliberal
c.) Banken werden versuchen gestützt zu werden um nachher munter weiterzumachen.
d.) Hedgefondsmanager sind und waren Finanzminister (jetzt Paulson --> vorher der jetzige Chef von Cerberus J. Snow) --> machen nicht mehr als notwendig
e.) Es wird nicht gesehen, dass es sich um eine systemische globale Krise handelt, sondern es wird alles auf die Immobilienblase in den USA geschoben.
f.) Meist passiert erst was, wenn Massenarbeitslosigkeit und Armut da sind und das Volk aufmuckt.
g.) Es wird ständig beschwichtigt und nur kurzfristig gedacht.
h.) Das Wort: Neues Bretton Woods wurde bisher nur von Sarkozy und dem italienischen Parlament thematisiert (letztere haben vor einigen Jahren einen Allparteienantrag gestellt).

10. EU-Vertrag und Lissabonner Vertrag abändern
Dort ist nämlich die Einschränkung des freien Kapitalverkehrs verboten. Juristische Grundlagen zur Durchsetzung von Regulierungsmaßnahmen schaffen.

Folgen
a. Spekulation wird unattraktiv
b. Reale Unternehmen richten sich wieder langfristig aus
c. Steueroasen können ausgetrocknet werden
d. Progressive Besteuerung von Vermögen und Kapital wird möglich --> ist ein eigenes Kapital, das zu umfangreich wird
e. Nationalen (bzw. europäischen) politischen Spielräume werden wieder größer
f. Vollbeschäftigung --> hohe Löhne --> hohe Steuereinnahmen --> hohe Sozialversicherungseinnahmen --> niedrige Kapitalkosten für Realwirtschaft --> Defizitabbau --> Massenwohlstand

X

Glötzl:

Notwendige Systemänderungs-maßnahmen zur Vermeidung von Krisen. Jedes dynamische System (Wirtschaftssystem) mit positiven Rückkopplungen (Kapitaleinkommen) braucht für seine Stabilität negative Rückkopplungen (Kapitalsteuern) und Dämpfungselemente (Regulierungen)

I. Progressive Kapitalsteuern
Um die Stabilität unseres Wirtschaftssystems zu erhalten, ist eine (progressive) Besteuerung von Kapital (Vermögen, Einkommen, Transaktionen usw.) in derjenigen Höhe notwendig, dass die Kapitaleinkommen nicht schneller wachsen als das BIP.

Vorraussetzungen dafür sind:
1. Vollständige Aufhebung des Bankgeheimnisses
2. Internationale Harmonisierung
3. Kapitalverkehrskontrollen/-beschränkungen

X

II. Finanzmarktregulierungen

Weiterführende Information:
http://e.gloetzl.googlepages.com/21ThesenzurFinanzkriseVersion1.1.doc

1. Neues 3-stufiges Bankensystem
Die Neuordnung des Bankensystems muss sich am Prinzip orientieren, dass Geld ein öffentliches Gut ist.
Für das Funktionieren des Bankensystems ist eine 3-Teilung des Bankensystems notwendig (verschärfter Glass/Steagall-Act)

X

a.) Geschäftsbanken. Die Versorgung der Realwirtschaft mit Geld für Investitionen durch Geschäftsbanken ist genauso grundlegend für die Funktion der Gesellschaft wie die Versorgung der Menschen mit Trinkwasser und gehört daher als Teil der Daseinsvorsorge genauso öffentlich/demokratisch/genossenschaftlich organisiert wie die Trinkwasserversorgung. Die Zinsen werden überwiegend durch den Markt gebildet. Die fristengleiche Finanzierung („goldene Bilanzregel") ist verpflichtend. Eine öffentliche Organisation ist nicht deshalb notwendig oder besser, weil der Staat ein besserer Unternehmer wäre, sondern weil öffentliche Unternehmen andere Geschäftsziele haben wie private Unternehmen, nämlich langfristige und kostengünstige Sicherstellung von Infrastruktur im Gegensatz zu kurzfristiger Gewinnmaximierung.

b.) Infrastrukturbanken. Die Errichtung von langlebigen Infrastrukturinvesti- tionen erfordert Kredite mit besonders niedrigen Zinsen, sonst kommt es zu keiner Optimierung der langfristigen Zukunft, weil durch hohe Zinsen bei Investitionsentscheidungen die Zukunft systematisch abgewertet wird. Die Zinssätze müssen daher durch Einnahmen des Staates (progressive Kapitalsteuern) gestützt werden. Daher können solche Infrastrukturbanken nur in öffentlicher Hand sein.
Die fristengleiche Finanzierung („goldene Bilanzregel") ist verpflichtend.

c.) Investmentbanken. Der Handel mit Unternehmen, das Wetten mit Derivaten und sonstige Spekulationsgeschäfte sind für das Funktionieren der Wirtschaft genauso wenig notwendig wie Spielcasinos. Vielmehr ist eine (Re-) Finanzierung mit Geld (=Krediten) aus den Geschäftsbanken insbesondere wegen der Folgen des Leverageeffektes beim Platzen von Blasen für die Realwirtschaft schädlich, weil dadurch die Geldversorgung der Realwirtschaft eingeschränkt wird. Banken die solche Kredite vergeben (=Investmentbanken) sind daher strikt von Geschäftsbanken und Infrastrukturbanken zu trennen und dürfen sich nicht bei diesen refinanzieren. Darüber hinaus sind Kredite der Investmentbanken mit hohen Steuern zu belegen (analog wie dies bei Spielcasinos der Fall ist), sodass es zu einer hohen Spreizung zwischen Haben- und Sollzinsen kommt, d.h. niedrige Zinsen für Einlagen und hohe Zinsen für Kredite. Eine staatliche Einlagensicherung ist ausgeschlossen.

Glötzl:	Maßnahmen zur Krisenüberwindung. *Bekämpfung des Zentralproblems:* Exponentiell wachsende Kreditschulden können durch das linear wachsende Leistungsvermögen der Realwirtschaft systematisch nicht gedeckt werden.	2. Aufhebung des Bankgeheimnisses Das Bankgeheimnis muss vollständig und umfassend aufgehoben werden. 3. Verschärfung der Bilanzierungsregeln Die Bilanzierungsvorschriften nach IFRS ermöglichen ungedeckte und ungerechtfertigte Bewertungsgewinne in hohem Ausmaß. Bilanzierung nach dem Vorsichtsprinzip muss wieder zum Standard werden. 1. Beschneidung der Kapitalansprüche (Passivseite der Bilanzen) Finanzwirtschaft und Realwirtschaft spiegeln sich in einer konsolidierten Gesamtbilanz aller Banken derart wider, dass die Ansprüche der Kapitaleigentümer auf der Passivseite, die Leistungsfähigkeit der Realwirtschaft auf der Aktivseite aufscheint. Die Ansprüche der Kapitaleigentümer sind durch die exponentiell wachsenden Kapitaleinkommen rascher gewachsen als sie durch die Realwirtschaft gedeckt werden. Diese Ungleichheit ist die Ursache für die faulen Kredite und damit Ursache für den Ausbruch der Krise. Die Krise kann daher solange nicht beherrscht werden, solange diese Ungleichheit besteht. 2. Konjunkturprogramme sind notwendig, sie dürfen höchstens kurzzeitig durch Staatsverschuldung, müssen grundsätzlich aber durch progressive Kapitalsteuern finanziert werden. Eine Zunahme der Staatsverschuldung würde die Diskrepanz zwischen Kapitalansprüchen und Leistungsfähigkeit der Realwirtschaft nur noch weiter vergrößern. Auch die direkte Kreditschöpfung durch die Notenbank (wie in USA möglich) sollte der EZB (durch Gesetzänderung) ermöglicht werden, allerdings nur für Infrastrukturbanken.	4. TÜV für Finanzprodukte Finanzprodukte müssen hinsichtlich Genehmigung, Kontrolle, Sicherheit und Haftung Realprodukten weitgehend gleichgestellt werden. Damit soll auch erreicht werden, dass nur solche Finanzprodukte ermöglicht werden, die für die Realwirtschaft notwendig sind und damit einen Mehrwert schaffen. Diejenigen Finanzprodukte, die vorwiegend der Umverteilung von den Uninformierten hin zu den Informierten dienen, müssen verboten werden. 5. Finanzmarktteilnehmer Finanzprodukte dürfen nur in genehmigten Banken gehandelt werden. 8. Moralische Erneuerung Um eine moralische Erneuerung zu erreichen, ist die Schaffung eines Unrechtsbewusstseins durch zivil- und strafrechtliche Verfolgung von Fehlhandlungen notwendig Ansprüche der Kapitaleigentümer werden ähnlich wie in einem Konkursverfahren gekürzt. Um dies bei der flächendeckenden Krise durchführen zu können sind folgende Voraussetzungen notwendig: • Vollständige Abschaffung des Bankgeheimnisses • Kapitalverkehrsbeschränkungen • Rascheste Umsetzung des 3-stufigen Banksystems 3. Bad Banks sind ungeeignet und kontraproduktiv. Sie führen nicht nur nicht zu einem Abbau der Kapitalansprüche, sondern erhalten diese aufrecht und bürden die Bedienung dieser Ansprüche der Allgemeinheit der Steuerzahler auf. Das kann auf Dauer nur zu einem weiteren Nachfrageausfall und damit einem weiteren Einbruch der Wirtschaft führen.	6. Finanzverkehrsregeln Der Finanzverkehr muss vollständig geregelt und überwacht sein. Finanztransaktionen mit Staaten, die sich nicht den internationalen Standards unterwerfen (Steueroasen), sind verboten. 7. Neues Bretton Woods Das Weltwährungssystem für den internationalen Zahlungsausgleich muss neu geordnet werden im Sinne vom Keynes-Plan von Bretton Woods1944: a) neue, neutrale (vom Dollar unabhängige) Leitwährung (Bancor) b) Zinsrate für Schulden und Guthaben c) Deckung durch Forderungen auf einen Warenkorb international gehandelter Waren d) Rückkehr zu festen Wechselkursen e) Regulierung des internationalen Kapitalverkehrs Die Kürzung der Kapitalansprüche erfolgt in folgender Reihenfolge: a) Heranziehung des Eigenkapitals b) Eigentümer- und Managerhaftung (trifft die Verantwortlichen) c) progressive Kapitalsteuer (trifft die Profiteure) d) Inflation (trifft uns alle, weil wir das neoliberale Gesellschaftsmodell politisch geduldet haben) e) Währungsreform (schärfste Form einer progressiven Finanzkapitalbesteuerung)	x x
Schallhas:	Umverteilung von Arm zu Reich, wirtschaftlicher Wachstumszwang, Schuldenfallen. Heutige Währungen, auch der Euro, sind so konstruiert, dass sie diese Probleme systembedingt mit sich bringen. Die Ursachen liegen in der multiplen Kreditgeldschöpfung verbunden mit dem Zinseszinsmechanismus.	Einführung von Vollgeld ist DIE grundlegende Reform im Bereich des Geldwesens und Geldumlaufs. Vollgeld bedeutet: keine Geldschöpfung durch private Geschäftsbanken, Schaffung einer unabhängigen monetären Staatsgewalt. Weiters sind Maßnahmen angezeigt, die den Geldzins dauerhaft um Null pendeln lassen. *Siehe u.a. die Vorschläge von Joseph Huber in* http://www.soziologie.uni-halle.de/publikationen/pdf/0405.pdf	Damit wäre eine wichtige Rahmenbedingung für eine harmonischere Wirtschaftsentwicklung geschaffen, da der währungsbedingte Wachstumszwang der Wirtschaft und die zinsbedingte Umverteilung von Arm zu Reich wegfiele. Der Staat müsste sich nicht bei Privaten verschulden. Die Geldschöpfung könnte auch mit der Einführung eines Grundeinkommens gekoppelt werden. Da das derzeitige Währungssystem in absehbarer Zeit zusammenbrechen wird, würde durch die bereits vorhandene neue Währung die Chance enorm erhöht, die negativen Auswirkungen des Crashs auf die Realwirtschaft auffangen zu können. *Weiterführende Information:* http://www.zukunftszentrum.at/vollgeldreform-juni2009	Vollgeld-Einführung zunächst als Parallelwährung zum Euro. Um den Übergang in das neue System möglichst problemlos zu gestalten. Jede Bank wäre verpflichtet, zusätzlich zu Euro-Konten auch Konten für die neue Währung zu führen (*siehe die Vorschläge für die Einführung von Neutralgeld im Buch von Suhr und Godschalk: Optimale Liquidität, Frankfurt a. M. 1986*).	x

Schmidt:	Finanzmarktkrise Wiederbelebung und Stabilisierung durch Regulierung. Details siehe: http://www.zeit.de/2009/04/Wirtschaftskrise	1. EINE Banken- und Finanzaufsicht für ALLE privaten Finanzinstitute und alle marktgängigen Finanzinstrumente (inklusive Investmentbanken, Hypothekenbanken, Investment- und Pensionsfonds, Hedgefonds, Equity Trusts, Versicherungsgesellschaften et cetera.). 2. Eigenkapital-Minima für alle Branchen der privaten Finanzinstitute festgelegt von der Banken- und Finanzaufsicht.	3. Verbot bei Strafe jeglicher Geschäfte außerhalb der eigenen Bilanz (und der Gewinn-und-Verlust-Rechnung) von Finanzinstituten. 4. Verbot bei Strafe des Handels mit solchen Finanzderivaten und -zertifikaten, die nicht an einer anerkannten Wertpapierbörse zugelassen und notiert sind.	5. Verbot bei Strafe, per zukünftigem Termin Wertpapiere und Finanzinstrumente zu verkaufen, welche zur Zeit des Verkaufes nicht im Besitz des jeweiligen Instituts sind. Damit wird die Spekulation auf fallende Kurse (»Shortselling«) erschwert. 6. Verbot bei Strafe Finanzeinlagen und Finanzkredite zugunsten solcher Unternehmen und Personen zu gewähren, die rechtlich in Steuer- und Aufsichtsoasen registriert sind.	x	
Schulmeister:	Europäische Finanzmarktkrise	1. EZB: Senkung der Eurozinsen auf 0% 2. Umverteilung von ca. 1,2% des BIP von Gläubigern zu Schuldnern je 1% Zinssenkung 3. Sistierung der SWP-Verpflichtungen 4. Generelle Finanztransaktionssteuer	Sichert Existenzen, verhindert Lohndumping		x	
Schulmeister:	Europäische Finanzpolitik	1. EZB: Leitzins um 3% unter Wachstumsrate 2. Kein sinnvolles Instrument zur Preisstabilisierung	Reduziert Erschütterungen durch Unterdrückung spekulativer Exzesse			x
GELD						
global						
Aubauer:	Beseitigung der zerstörerischen Wirkung des Geldsystems.	*>> Lösung analog Wirtschaftsnational* Ressourcenzertifikate (Ressourcengeld).	Zusatzerklärung bezüglich des Geldsystems: Die Stabilisierung der bereits zerstörerisch, grenzüberschreitenden Wirtschaft (Ausbeutung von Natur und Mensch), angetrieben mitunter durch das gegenwärtige Geldsystem, erfolgt durch ein begrenzend wirkendes Ressourcengeld als zweite Währung (Komplementärwährung als Parallelwährung). Ressourcengeld, ein im Wert beständiges Zugriffsmittel auf Naturresourcen und ein Abbild der Nutzung der Natur und herkömmliche Geldmittel als Handelsmittel zum flexiblen wirtschaftlichen Einsatz, führen zu einer optimalen Allokation aller Ressourcen und optimieren so den gesellschaftlichen Wohlstand. -- Die globale Ausbreitung erfolgt pragmatisch über beispielgebende Länder.	Zusatzerklärung bezüglich des Geldsystems: Die gegenwärtig systemimanente Vermehrung von Geld und damit zwanghaften Ausweitung der Realwirtschaft (verstärkende Rückkopplung) führt in einem endlichen System (Erde) zu ständigem Schwingen (Wachstum und Zusammenbruch) und führen im gegenwärtigen Ausmaß zu bereits bleibenden Schäden des Naturhaushalts und zur ernsten Ressourcenknappheit (Ausbeutung von Natur und Mensch). Diese Entwicklung gilt es zukünftig zu stoppen und in eine nachhaltig stabile Wirtschaft überzuführen.		x
Bozsoki:	Undifferenzierte Bankenrettung ist der falsche Weg, weil 1. Sünder (Spekulanten, Investmentbanken etc.), die vorher abgecasht haben, jetzt subventioniert werden (Gewinne privatisiert, Verlust verstaatlicht). 2. Am freien Kapitalverkehr nicht gerüttelt wird. 3. Der finanzielle Ramsch nicht abgeschrieben wird. 4. Das System nur leicht reformiert, aber nicht grundsätzlich verändert wird.	Internationales Bankrottverfahren, welches erlaubt die "guten", der Realwirtschaft dienlichen Banken zu stützen und die "bösen" rein spekulativen Banken und Geschäfte in den verdienten Konkurs schickt. Voraussetzung: klare Trennung zwischen Geschäfts- und Investmentgeschäften. Nach dem Vorbild des sogenannten Glass-Steagall Act, der unter Roosevelt beschlossen wurde.	1. Alle spekulativen Finanzprodukte, die reine „Wetten" und Luftgeschäfte sind, müssen entschädigungslos abgeschrieben werden (also der Großteil --> da ist großer Widerstand von den Banken zu erwarten) --> dürfen nicht durch den Staat aufgekauft werden 2. Alle Bankrotteure der Realwirtschaft müssen gerettet werden, (z.B. Häuslbauer, KMU's) durch Umschuldungen, längere Laufzeiten der Hypotheken oder Subventionen durch den Staat etc. vor dem Bankrott bzw. der Delogierung. 3. Geldinstitute welche der Realwirtschaft dienen, werden mit Staatsmitteln gerettet. Sparkassen und andere öffentliche Banken die für die produktive Wirtschaft und Bevölkerung lebensnotwendig sind --> Voraussetzung: klare Trennung zwischen Geschäfts- und Investmentgeschäften. (Vorbild ist her der sog. Glass-Steagall Act, der unter Roosevelt beschlossen wurde --> hier wurden die Banken zu dieser Trennung verpflichtet. man operierte sozusagen die Banken fein säuberlich die Krebszellen heraus und entfernte sie vom Körper.) Wer nicht kooperierte bekam keine Hilfe. Die „gesunden" Teile der Banken wurden durch staatliche Mittel aufgefangen. Dieses Gesetz wurde nach mehrfacher Aufweichung 1999 aufgehoben und hat zum heutigen Desaster maßgeblich beigetragen .	4. Förderungen des öffentlichen bzw. genossenschaftlichen Hausbankensystems (für sie gilt ein Verbot spekulativer kurzfristiger Geschäfte --> Zurückdrängung des Investmentbankings) 5. Regulierung von Hedgefonds & Private Equity (100% Eigenhaftung, keine Kredite von Banken, Verbot von Off Shore) 6. EU-Lizenzentzug für jeden, der mit Banken mit Sitz in Steueroasen handelt. 7. Staat garantiert die Aufrechterhaltung der Massenkaufkraft (durch Bürgschaft in einer bestimmten Höhe --> allerdings nur für nicht spekulative Guthaben --> z.B. Sparbücher, Bausparverträge etc. Kurz: Es wird versucht die Blase auf realwirtschaftliches Niveau zu bringen.	x	

Pfeffenbacher:	I.2 Neutrale Weltwährung statt einer nationalen Leitwährung (US-Dollar) 1. Vormachtstellung der USA durch den Dollar als Weltreservewährung - bekommen jährlich ca. 800 Mrd. $ an Waren/Leistungen "geschenkt" 2. Währungskrisen und Instabilitäten. Der drohende Staatsbankrott der USA bedeutet den Kollaps des US$ somit des globalen Währungssystems. *Links/Literatur:* - John Maynard Keynes: britischer Ökonom, Politiker und Mathematiker (1883-1946), einer der bedeutendsten Ökonomen des 20. Jahrhunderts - John Maynard Keynes, 1936: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes	Einführung einer zinsfreien, neutralen Weltwährung: "Bancor" nach John Maynard Keynes, gefordert von Joseph Stiglitz ("Weltdollar"), Susan George u.v.a. *Links/Literatur(2):* - Robert Musil, 2001: Geld, Raum und Nachhaltigkeit. Alternative Geldmodelle als neuer Weg der endogenen Nachhaltigkeit? Diplomarbeit Univ. Wien - Thomas Betz, 2000: Globalisierung des Geldes. In: Zeitschrift für Sozialökonomie 125: 14-26 - Christa Meyer, 1999: "Proposals for an international Clearing-Union" John Maynard Keynes und sein Vorschlag zur internationalen Währungsordnung. Diplomarbeit Wirtschaftsuni Wien	Neuregelung des Weltfinanzsystems (neues "Bretton Woods"): a) Einführung eines virtuellen Buchgeldes für den Welthandel auf Basis eines Warenkorbs; b) jedes Land hat ein Konto; Kontostand orientiert sich an der Handelsbilanz; c) Währung entsteht erst beim Tauschhandel (direkte Geldschöpfung, keine Liquiditätsprobleme); d) Strafgebühren auf Guthaben wie Schulden ("Carrying Costs"), e) dadurch Senkung des Zinsniveaus auf Null sowie globaler Ausgleich von Import/Export; f) "International Clearing Union" unter demokratischer Kontrolle nach Bevölkerungszahl der Länder; g) ermöglicht Kontrolle des internationalen Kapitalverkehrs, verhindert Kapitalflucht, Devisenspekulationen und die Vormachtstellung des Landes mit der Weltleitwährung. *Links/Literatur(3):* - Joseph Stiglitz: Nobelpreisträger, Chefökonom der Weltbank - Joseph Stiglitz, 2008: Die Chancen der Globalisierung, Pantheon, ISBN 3570550486, 448 S. - Joseph Stiglitz, 2004: Die Roaring Nineties - Der entzauberte Boom. Siedler Verlag, 2004. 352 S	Die Weltleit-/Weltreservewährung darf keine nationale Währung sein. Dieses Land kann ansonst Waren/Leistungen ohne Gegenleistungen beziehen (außer Papier/Farbe für Geldscheine). Vor den USA war dies Großbritannien (Pfund). Langfristig ist ferner ein globaler Ausgleich von Import/Export anzustreben. Länder mit Exportüberschüssen sind letztlich die "Dummen", spätestens wenn die Weltleitwährung kollabiert. *Links/Literatur(4):* - Susan George: französisch-amerikanische Politikwissenschaftlerin und Schriftstellerin, Vize-Präsidentin von ATTAC France - Susan George, 2001: Der Lugano-Report oder Ist der Kapitalismus noch zu retten? Rowohlt, Reinbek, ISBN 3498024892, 283 S. - Susan George, 2006: Change it! Anleitung zum politischen Ungehorsam, Droemer/Knaur, ISBN 3426273829, 287 S	x
Schallhas:	Globale Dominanz und Krise des US $. Benachteiligung der Länder mit schwachen Währungen gegenüber denen mit starken, Auslandsschuldenlast der armen Länder, Crash des US $ reißt andere Währungen mit sich	Einführung einer Weltwährung zusätzlich zu den bereits vorgeschlagenen Währungen auf nationaler und regionaler Basis, zur gerechteren Abwicklung des internationalen Handels; in Anlehnung an die Vorschläge von Keynes (Bancor) und Douthwaite bzw. Aubauer („Ressourcenwährung")	Ermöglicht einen rechtzeitigen Ausgleich bei starken wirtschaftlichen Ungleichentwicklungen zwischen den Staaten, weil nicht nur die Schuldnerländer sondern auch die Überschussländer für den Abbau der wirtschaftlichen Kluft verantwortlich gemacht würden. Gerechtere Verteilung der Ressourcennutzung. Daraus resultierend weniger Wirtschaftskrisen und weniger Kriegsgefahren.		x
Schmidt:	Finanzmarktkrise Wiederbelebung und Stabilisierung durch Regulierung.	>> Lösung analog Geldeuropäisch: Kurzfristig realisierbare Regulierungsmaßnahmen.	*Details siehe:* http://www.zeit.de/2009/04/Wirtschaftskrise		
Schulmeister:	Welt-Finanzpolitik	1. Koordinierte Geldpolitik: Zins < Wachstumsrate 2. „Stabilitätsbänder" für Wechselkurse zwischen Dollar, Euro, Yen, Renminbi > Ziel: Globo als „Welt-ECU" 3. „Rückführung" der Finanzderivate bis zum Verbot (der „Massenvernichtungswaffen")	Reduziert Erschütterungen durch Unterdrückung spekulativer Exzesse		x

Stand 24.4.2009

Arbeiten mit der Liste

Spielregeln & Handhabung

Autoren-Einträge

1.

Jeder Autor ist Herr seines Beitrags und bestimmt den Inhalt seiner Katalog-Einträge autonom.

2.

Die Redakion – als Koordinator – welche die einzelnen Beiträge Zusammenführt achtet nur darauf, dass die Intentionen der MASSNAHMEN = größtmögliche Kompaktheit, Klarheit der Problem/Aufgabenstellung sowie der Lösung gewährleistet ist. D.h.: sie kümmert sich um die Griffigkeit sowie korrekte Zuordnung der Textheadlines in den Kontext. Und editiert das Original so behutsam wie möglich nur zu diesem Zweck. Ein Beispiel: Die Aubauer'sche Problemstellung im Kapitel NATUR lautet: Ressourcen- und Klimakollaps . Im Kapitel MENSCH lautet die Problemstellung: Arbeitslosigkeit - deren nachhaltige Bekämpfung. Der Autor bietet EINE Antwort (Steuerumlagerung+Ressourcenzertifikate) für ZWEI Problemstellungen! Der Vorschlag eine Lösung zwei Problemstellungen zuzuordnen kommt aus der Redaktion.

3-

Die MASSNAHMEN sind also – wir denken aus gutem Grund - PROBLEM-kontextuell. Ihr Ziel ist: möglichst präzise ANTWORT auf jedwede alltagssprachlich verständlich formulierte FRAGE!

4-

Bitte scheuen Sie sich nicht Ihren Lösungsvorschlag einzufügen, auch wenn beispielsweise ein anderer Autor schon Ähnliches vorschlägt. Mag sein, dass wir später bei vollkommen identen Konzepten (z.B. Tobinsteuer) und wachsender Komplexität eine Urheber-Hierarchie sowie einen Modus zur Vermeidung unerwünschter Redundanz einführen werden. Noch ist es uns wichtiger – wo möglich – Übereinstimmung und Bestärkung zu zeigen.

5-

Die Redaktion behält sich vor, relevant erscheinende Beiträge von Autoren in die MASSNAHMEN - mit Quellenangabe - aufzunehmen, wenn diese in anderen öffentlich zugänglichen Publikationen erschienen sind.

Ausdrucken aus Excel-Listen

Für alle, welche aus dem vorliegenden Dokument ausdrucken wollen, jedoch mit der Handhabung der Software noch nicht allzu vertraut sind, die folgenden Tipps:

1. *Zunächst sicherstellen, dass der Text welcher ausgedruckt werden soll, komplett sichtbar ist. >> Wird erreichst durch: Maus/Cursor an den linken Rand >> auf den unteren Zeilenzwischenraum halten >> Wenn das Cursor-Symbol "Kreuz" umspringt auf "Zeilensymbol", linke Maustaste gedrückt halten und den unteren Zeilenrand soweit aufziehen, dass alle Texte aller betreffenden Spalten vollständlich sichtbar sind.*

2. *Danach den Bereich, welcher du ausgedruckt werden soll aktivieren/eingefärbt >> Mit Maus/Pfeilcursor an die linke obere Ecke des späteren Druckbereichs gehen >> Linke Maustaste drücken und halten, dadurch springt das "Pfeil"symol auf das "Kreuz"symbol um >> Linke Maustaste weiterhin gedrückt halten und sodann nach der rechten, unteren Ecke des gewünschten Druckbereichs ziehen.>> Am Schluss ist die gesamte spätere Druckfläche aktiviert/eingefärbt.*

3. *Danach in der Menüleiste von Excel in >> Datei, Druckbereich anklicken und halten > festlegen, Maustaste auslassen >> Damit ist der Druckbereicht fixiert! Bei erneuten Änderungen diesen Vorgang wiederholen, endigend mit >> aufheben.*

4. *Nachdem der Druckbereich glücklich fixiert ist, heisst es anschauen, wie der spätere Ausdruck aussehen soll.*

5. *Zu diesem Zweck bei aktiviertem/eingefärbtem/fixierten Druckbereich im Excelmenü in >> Ansicht, dort auf Seitenumbruchvorschau, welche zeigt, wievielen A4-seiten der Drucker in der gewählten Einstellung ausdrucken würde.*

6. *Häufig ist dieses erste Ergebnis unbrauchbar, deshalb kannst man jetzt im "Seitenumbruch" die gestrichelten. blauen Trennlinien so lange hin und herschieben, bis ein passabler, wirtschaftlicher Druck-Seitenumbruch zustande kommt.*

7. *Abschließend die Druckansicht (bei mir das Symbol Blatt+Lupe (Seitenansicht)) per Mausklick ansehen. >> Hier kann in den Bearbeitungs-Modi "Layout" (Zoom inkl. Vergrößerungs und Verkleinerungseinstellung), "Ränder", "Drucken" (zum Beispiel durch Papierwahl Hoch oder Querformat) die Einstellung so lange verfeinert werden, bis ein lesbares Ergebnis ohne Papierverschwendung herauskommt.*

Ich verwende ein Excel Baujahr 2002 in einem Windows XP (vermutlich 2008) und hoffe, dass ihre Bedienmöglichkeiten meiner Beschreibung in etwa entsprechen.
Na ja, einfach ist was anderes. Aber Übung macht den Meister . . .

Gutes Gelingen! Joe Ofenböck

Gemeinsam werden wir es schaffen.

Wien, am 6. Juni 2009